Nr. 7. 35. Jahrgang.

Dülmener Zeitung.

Dülmener Anzeiger — Dülmen-Halterner Volkszeitung

mit der Sonntags-Beilage Liboriusblatt.

Donnerstag, 14. Januar 1908.

Bezugspreis: Durch die Boten zugestellt 1,20 Mk. vierteljährlich, von der Expedition abgeholt 1 Mk.

Anzeigen werden mit 15 Pfg. für die einfache Petitzeile oder deren Raum berechnet. Bei Wiederholungen und größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

Reklamen kosten in Textspaltenbreite 50 Pfg. die Zeile.

Beilagegebühr: 5 Mk. das Tausend.

Anzeigen-Annahme bis Montag, Mittwoch und Freitag mittag für die jeweils fällige Nummer.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstags, Donnerstags und Samstags.

Expedition: J. Horstmann'sche Buchhdlg. Marktstraße 11. — Fernruf 29.

Verlag der Dülmener Zeitung, G. m. b. H., Dülmen.

Druck von Breer & Thiemann, Hamm.

Verantwortlicher Redakteur: für den lokalen Teil, Anzeigen u. Reklamen B. Horstmann in Dülmen; für Politik, Feuilleton und Allgemeines A. Gockel in Hamm.

Erstes Blatt.

Preußischer Landtag.

9. Sitzung vom 13. Januar.

Nachdem einige Rechnungssachen erledigt worden sind, beginnt

die erste Beratung des Etats.

Minister der öffentlichen Arbeiten **Breitenbach**: Es erscheint mir angezeigt, entsprechend den mir aus dem Haus gegebenen Winken in diesem Stadium der Etatsberatungen einige Erläuterungen über die Lage der Staatseisenbahnverwaltung zu geben. Die großen Zahlen hat Ihnen bereits der Finanzminister in der einleitenden Etatsrede mitgeteilt. Die außerordentlich enttäuschte Mindereinnahme für das laufende Jahr tritt ein, obwohl die Entwicklung des Verkehrs eine günstige ist und die Kräfte der Verwaltung aufs äußerste beansprucht. Der Personenverkehr hat sich trotz der ungünstigen Witterung im Frühjahr und Sommer günstig entwickelt. Leider aber hat die Fahrkartensteuer eine erhebliche Mindereinnahme ergeben. (Hört, hört!) Wir rechnen auf 10 Mill. Mark. Dieser Mißerfolg hat den Anlaß gegeben, eine Revision der Fahrkartensteuer in Aussicht zu nehmen, wie bereits der Staatssekretär des Reichsschatzamts im Reichstag angekündigt hat. Für das Jahr 1908 haben wir eine Steigerung des Verkehrs von 10 Prozent gegen das Vorjahr angenommen. Aber auch die Selbstkosten steigen ständig. Für den weiteren Ausbau der Staatsbahnen haben wir im Extraordinarium den Betrag von 170 Millionen Mark vorgesehen, die im Anleihewege aufgebracht werden sollen. Der Minister geht auf die Einzelheiten des Etats und die rechnungsmäßigen Ergebnisse in den Vorjahren ein, bleibt aber, da er sehr leise und undeutlich und noch dazu zur Rechten hinüberspricht, auf der Journalistenbühne vollständig unverständlich.

Abg. Freiherr **v. Zedlitz** (freikons.): Ich glaube, es entspricht der Auffassung des ganzen Hauses, daß auch die gestrigen Straßendemonstrationen auf uns keinen Eindruck machen können. (Zustimmung.) Da über die gestrigen Auftritte übertriebene Berichte in der Presse verbreitet sind, erscheint es wünschenswert, daß uns der Minister des Innern möglichst bald über den tatsächlichen Sachverhalt ausführliche Mitteilungen macht, damit wir den falschen Nachrichten entgegentreten können. (Sehr richtig!) Redner geht dann auf die Ausführungen des Eisenbahnministers ein und bemängelt einzelne Etatspositionen als zu niedrig bemessen, bleibt aber im einzelnen ebenso wie sein Vorredner unverständlich. Wir werden uns mit der Tatsache abfinden müssen, daß die Mittel zur Befriedigung des Reiches im Wege der direkten Steuern von den Bundesstaaten aufzubringen sind. Ich glaube, daß allseitig die feste Absicht besteht, eine große Aktion einzuleiten, um das Reich finanziell auf eigene Füße zu stellen, und dem Reiche das zu geben, was notwendig ist zur Deckung der dauernden Ausgaben. Ohne finanzielle Opfer Preußens wird das nicht abgehen. Preußen hat die Ehrenpflicht, hier mit gutem Beispiel voranzugehn. Für eine dauernde Erhöhung der Einkommensteuer ist die Zeit noch nicht gekommen. Wir wollen in diesem Jahre keine Abschlagszahlung geben, sondern im nächsten Jahre ganze Arbeit machen und die Revision der Einkommensteuer vornehmen. Der Regierung müssen wir einen Antrieb geben, mit einer Reform des Verwaltungsdienstes vorzugehen.

Minister des Innern **v. Moltke**: Ich bin dem Abg. Freiherrn v. Zedlitz dankbar, daß er mir Gelegenheit gibt, mit einigen Ausführungen auf die Vorgänge des gestrigen Tages betr. die Straßendemonstrationen zurückzukommen. Die Sozialdemokraten haben es fertig gebracht, daß gestern nach Abhaltung einer Reihe von Versammlungen eine Menge von 12 000 Personen die Straßen durchzog und johlend und die Marseillaise singend versuchte, sich immer wieder zusammenzufinden, nachdem sie mit vieler Mühe durch die Schutzmannschaft zerstreut und der Verkehr wieder hergestellt worden war. An mehreren Stellen ist es zu Konflikten mit der Schutzmannschaft gekommen bei Verweigerung des Gehorsams und der Anordnungen, nach links oder rechts auszuweichen. Die Schutzleute sind von der Menge mit Steinen geworfen, mit Stöcken geschlagen und tätlich angegriffen worden. Sie haben an drei Stellen von der Waffe Gebrauch machen müssen. Namentlich kam es in der Nähe der Gertraudenbrücke zu ernsten Zusammenstößen, und als hier die Menge auf die Aufforderung der Schutzleute, sich zu zerstreuen, nicht auseinanderging und die Schutzleute von der Waffe Gebrauch machen mußten, fielen hier Schüsse, einer aus dem Publikum, einer aus dem Hause Friedrichsgracht 39. Ich habe feststellen können, daß kein Revolver der Schutzleute in Gebrauch genommen worden ist. Es sind bei den Demonstrationen verwundet worden von der Schutzmannschaft ein berittener Offizier und drei Schutzleute, davon einer schwer, so daß seine Unterbringung im Krankenhaus erfolgte. Aus dem Publikum sind 30 Personen und, soweit ich habe feststellen können, niemand schwer verletzt worden. Auf der Sanitätswache haben sich bis heute morgen nur 5 Personen verbinden lassen. Nach allen mir gemachten Meldungen hat die Schutzmannschaft in der schwierigen Lage, in der sie sich gestern befand, die Ruhe und die Besonnenheit nicht vermissen lassen, die mit Recht von ihr erwartet wird. (Bravo!) Sie werden selbst am Freitag den Eindruck gewonnen haben, daß die Schutzmannschaft am Freitag mit äußerster Ruhe und Besonnenheit vorgegangen ist. (Sehr richtig, sehr wahr!) Es war ein verantwortungsvoller, schwerer Sonntagsdienst, der gestern den Schutzleuten auferlegt worden ist. Dabei wissen Sie, daß der Charakter der gestrigen Demonstrationen kein spontaner war, daß alles selbst bis ins kleinste organisiert war. (Sehr richtig!) Es war von seiten des Polizeipräsidiums gewarnt vor solchen Aufzügen, das Publikum wußte Bescheid und ebenso die Leitung der Sozialdemokratie, und diese hat ganz gewissenlos gehandelt, wenn sie die Masse auf die Straße und den Schutzleuten entgegengetrieben hat. Das geht hervor aus dem „Vorwärts", der schreibt: „nachdem sich das Proletariat die Straße erobert habe" (Heiterkeit). Es ist bedauerlich, daß unter dem Treiben der Sozialdemokratie auch ruhige Passanten haben leiden müssen. Denn die Polizisten können äußerlich die Leute nicht unterscheiden. Die Folgen wird lediglich die Sozialdemokratie zu tragen haben. Wir sind fest entschlossen, den Störungen des Verkehrs mit den äußersten Mitteln entgegenzutreten. (Beifall.) Auch ich halte eine Reorganisation für richtig. Auch der Landwirtschafts- und der Kultusminister, mit denen ich Rücksprache nahm, sind bereit, die Gesetzgebung in diesem Sinne in die Wege zu leiten. (Beifall.)

Kultusminister Dr. **Holle** antwortet auf eine Anfrage des Abg. v. Zedlitz über die weltliche Schulaufsicht: Nach unserer Verfassung ist die Schulaufsicht Sache des Staates, der Religionsunterricht Sache der Kirche. Die Schulaufsicht wird entweder geleitet von Beamten im Hauptamte oder von Geistlichen im Nebenamte. In welcher Weise sie in einzelnen Fällen zu regeln sein wird, ist eine praktische Frage. Ein Bedürfnis für die Trennung der Verbindung zwischen Volksschule und Kirche kann die Regierung nicht anerkennen; ich glaube vielmehr, daß Kirche und Staat nach wie vor in vertrauensvollem Zusammenwirken unsere Volksschule leiten müssen. Bei uns werden drei Fünftel aller Stellen der Schulinspektoren von Beamten im Hauptamte versehen und nur zwei Fünftel im Nebenamt. Die Belastung mit der Schulaufsicht wird von den Geistlichen beider Konfessionen bei der immer steigenden sonstigen Tätigkeit vielfach als eine Last empfunden und so wird die geistliche Schulaufsicht nach und nach durch die weltliche ersetzt werden. Da es sich aber um etwa 270 Stellen handelt, wird sich das nicht auf einmal machen lassen, zumal die Durchführung des Schulunterhaltungsgesetzes der Schulverwaltung schon hinreichend Schwierigkeiten bereitet. Da sich die Regierung dem Wunsche des Hauses auf Dezentralisation des Volksschulwesens angeschlossen hat, so wird, wenn dieser Plan zur Durchführung kommt, ein besonderer Beamte hierfür zu schaffen sein. Ich hoffe, daß die Regierung in der nächsten Session mit einer Vorlage vor das Haus treten wird. (Beifall.)

Abg. **v. Pappenheim** (kons.): Zu der Frage der Dezentralisation und der Änderung der Schulaufsicht haben wir vorläufig keinen Grund, unsere Stellung zu ändern. Was die Erklärung des Ministers des Innern angeht, so hoffen wir, daß diesen kindischen Demonstrationen mit aller Energie entgegengetreten wird. Die Leiter der Sozialdemokratie tragen zwar die Verantwortung, aber sie wissen sich der Folgen zu entziehen, indem sie sich feige verbergen.

Abg. **Friedberg** (ntl.): Im Etat der Eisenbahnverwaltung findet sich seit Jahren eine Unterschätzung der Ausgaben. Der Finanzminister und der Eisenbahnminister setzen die Einnahmen hoch und die Ausgaben möglichst niedrig an, während sie das umgekehrte Verfahren einschlagen müßten. Das bisherige System ist in sich zusammengebrochen. Nun will der Finanzminister den Betriebskoeffizient herabdrücken. Ein Mittel hierzu ist die Sparsamkeit. Der ganze Etat muß übersichtlicher werden. Die Etatsüberschreitungen sind unkonstitutionell. Ehe wir dem Volke neue Steuern auferlegen, wollen wir klar sehen. Auf Grund dieses Etats können wir keine Steuern bewilligen. In der Einführung direkter Reichssteuern kann ich keinen Eingriff in die Grundlage des Reiches erblicken. Ich wünsche, daß der Finanzminister in dieser Frage eine versöhnliche Stellung einnehmen möge. Wenn der Kultusminister mit dem Satz, daß Kirche und Schule vertrauensvoll bei der Volksschulerziehung zusammenwirken sollen, hat sagen wollen, daß beide, Kirche und Schule, jede zu ihrem Teil bei der Erziehung der Kinder mitwirken müßten, so wollen wir das wohl gelten lassen. Wenn er aber hat sagen wollen, daß die Kirche der Schule übergeordnet ist und die Aufsicht über die Schule führt, dann wäre das ein Standpunkt, den wir aufs allerentschiedenste bekämpfen müssen. (Sehr richtig! links.) Zum Schlusse spreche ich die Hoffnung aus, daß es der vereinten Arbeit der Regierung und der Volksvertreter gelingen werde, die bestehende Finanzkalamität zu beseitigen. (Bravo bei den Nationalliberalen.)

Finanzminister **Freiherr v. Rheinbaben**: Bei Begründung des Reiches haben die Einzelstaaten ihre Souveränität nicht aufgegeben, sondern sie haben sich im Wege der freiwilligen Verständigung einiger Rechte zu Gunsten des Reiches entäußert. Die Frage der Reichsfinanzreform ist so außerordentlich notwendig für das Reich und die Einzelstaaten, daß ich Unrecht tun würde, wenn ich für meine Person den unversöhnlichen Standpunkt einnehmen würde. Aber es gibt Dinge, über die man nicht paktieren lassen kann, und dazu gehört die Vermittelung des Eingriffes in die Souveränität der Einzelstaaten. (Sehr richtig, rechts.) Ich würde bei der letzten Anleihe viel lieber den Weg der Schatzanleihe beschritten haben, aber das Publikum, das die Schatzanleihe übernimmt, ist nicht sehr zahlreich. Bei dieser Frage der Anleihe haben wir uns nach der gegenwärtigen Lage des Marktes richten müssen. Von einem Vorgehen gegen die großen Banken kann keine Rede sein. Die Ausgleichsform des Etats ist im Jahre 1906 um 50 Millionen geschmälert zur sofortigen Beschaffung von Betriebsmitteln, denn gerade damals kamen lebhafte Klagen über die Unzulänglichkeit unseres Betriebsmittelparkes. Dem Mangel mußte schleunigst abgeholfen werden. Ich habe kein Interesse an einer absichtlichen Verschlechterung des Etats, sondern nur daran, daß ich nach bestem Wissen und Gewissen den Etat als richtig aufgestellt dem Landtage vorlegen kann. Der Vorwurf, daß wir die Ausgaben zu niedrig schätzten, ist bisher noch nicht gemacht. Die Ziffern der Wirklichkeit im laufenden Etatsjahre lassen sich bei der Aufstellung des Etats für das kommende Rechnungsjahr nicht berücksichtigen, da wir bereits im September an die Aufstellung des Etats herangehen müssen. In dieser Zeit ist es außerordentlich schwierig, mit einiger Sicherheit zu schätzen. Redner weist an Hand früherer Etats nach, daß auch damals schon große Differenzen zwischen dem Voranschlag und dem tatsächlichen Ergebnis zu verzeichnen gewesen seien. Es ist ein großes Verdienst Bismarcks und des Ministers Maybach, daß wir unser Staatseisenbahnsystem erhalten haben. Nun müssen wir auch die Nachteile für den Etatsentwurf in Kauf nehmen, die dadurch bedingt sind, daß das preußische Eisenbahnsystem das größte Betriebsunternehmen der Welt ist. Hat doch der Eisenbahnetat jahrelang große Beiträge für die allgemeinen Staatskosten leisten können. Wir haben diesen Etat nach bestem Wissen und Gewissen aufgestellt. Da aber in diesem Jahre beim Eisenbahnetat nur eine Mehreinnahme von 100 Millionen gegenüber einer solchen von 200 Millionen im vorigen Jahre angenommen ist, haben wir in diesem Jahre besonders sparsam zu wirtschaften. Die von mir in Aussicht gestellte Erhöhung der Einkommen- und Ergänzungssteuer um 40 Millionen ist gegenüber der Tatsache, daß wir 130 Millionen dauernde Mehrausgaben in diesem Jahre erwarten müssen, sehr gering. Wenn die Abgeordneten v. Zedlitz und Dr. Friedberg wünschen, daß ein größerer Teil des Ordinariums beim Eisenbahnetat auf Anleihe übernommen würden, so kann ich hiervor nicht dringend genug warnen. Ein großer Teil der Neuanlage, z. B. Bahnhofsneubauten und ähnliches, sind keine werbenden Anlagen, aber nur solche dürfen auf Anleihe übernommen werden. Dazu kommt, daß bei unserem heutigen Tilgungsmodus in 50 Jahren erst 25 Prozent, in 100 Jahren 45 proz., in 239 Jahren 75 Prozent unserer Staatsschulden getilgt sein werden. Die Überschüsse der Eisenbahn müssen auch für andere Ressorts verwendet werden können. Wenn die Eisenbahnverwaltung keine Ausnahmestellung erhielte, würden auch die Bergverwaltung und die Forstverwaltung dasselbe tun. Wegen der Zahl der Schwierigkeiten wollen wir doch nicht an den Grundsätzen rütteln, die dieses Haus im Jahre 1892 zum Wohle des Staates aufgestellt hat.

Kultusminister Dr. **Holle**: Die Mädchenschulreform war im Ressort fertiggestellt, als ich das Ministerium übernahm. Die Verhandlungen mit anderen Ressorts haben begonnen und werden in Kürze abgeschlossen sein, so daß ich hoffe, da es möglich sein wird, während der gegenwärtigen Tagung in einer Denkschrift dem Hause den Plan der Mädchenschulreform klar zu legen. Überall, wo Rektorate geschaffen sind, werden die Ortsschulinspektionen durch die Aufsicht des Rektors ersetzt. Die Dienstanweisungen der Rektoren sollen einer Revision unterzogen werden, damit ein Zusammenwirken des Rektors mit dem Klassenlehrern gesichert ist. Wo ein Rektor nicht vorhanden ist, da werden Personen, die von dem allgemeinen Vertrauen der Bevölkerung getragen werden, mit der Ortsschulaufsicht betraut. Die eigentliche technische Aufsicht soll den hauptamtlichen Kreisschulinspektoren obliegen. Sobald alle Ermittelungen abgeschlossen sind, werden entsprechende Maßnahmen getroffen werden.

Morgen 12 Uhr: Fortsetzung der heutigen Beratung. —

Schluß gegen 4 Uhr.

* * *

10. Sitzung vom 14. Januar.

Erste Lesung des

Etats (2. Tag).

Abg. **Herold** (Ztr.): Schon vor einigen Jahren habe ich den Wunsch ausgesprochen, daß dem Etat ein Inhaltsverzeichnis beigefügt wird. Vom Kultusministerium ist diesem Wunsche jetzt auch stattgegeben, bei den übrigen Etats jedoch noch nicht. Durch ein Gesamtinhaltsverzeichnis und ein alphabetisches Verzeichnis würde das Studium und der Überblick über den Etat wesentlich erleichtert. Wir haben im Jahre 1907 beim Eisenbahnetat eine Mehrausgabe von 106 Millionen gehabt, was großes Befremden verursacht hat, obwohl wir 1906 eine noch höhere Überschreitung, nämlich 121,2 Millionen hatten. Zweifelhaft kann erscheinen, ob bei den in den vorhergehenden Jahren erheblich gesteigerten Ausgaben die Ausgaben für die Eisenbahnverwaltung im Jahre 1908 hoch genug bemessen sind. Der Eisenbahnminister hat mitgeteilt, daß durch die Fahrkartensteuer ein Ausfall an Einnahmen von 10 Millionen herbeigeführt ist, daß aber diese Mindereinnahme wirklich auf die Fahrkartensteuer zurückzuführen ist, halte ich für nicht richtig. Die Abwanderung in die niedrigeren Klassen ist herbeigeführt durch die Verbesserung der Fahrgelegenheit in den unteren Klassen. Die Fahrkartensteuer hat vielleicht einen gewissen Anstoß mit zur Abwanderung gegeben. Die 10 Millionen sind meiner Ansicht nach kein vollständiger Verlust, denn die Kosten für das Fahren in den niedrigeren Klassen sind für die Eisenbahn selbst niedrigere. Der Etat für 1908 wird wesentlich beeinflußt durch die in Aussicht genommene Erhöhung der Gehälter für Beamten, Lehrer und Geistliche, wofür ja 113 Millionen eingesetzt sind. Das möchte ich aber hervorheben, daß es eine Finanzoperation von einer Bedeutung ist, wie wir sie vielleicht noch niemals in einem Jahre gehabt haben. Der Finanzminister will von diesem großen Betrage 77 Millionen durch den laufenden Etat decken, 40 Millionen durch neue Steuern. Ich halte es für besser, vorläufig die weitere Entwickelung abzuwarten und nicht gleich im ersten Jahre, in dem sich ein ungünstiger Etat ergibt, sogleich zu neuen Steuern überzugehen. Wir können den Etat dadurch balancieren, daß wir von dem Extraordinarium 40 Millionen mehr auf Anleihen übernehmen oder auch, um die Anleihen nicht zu vermehren, die Schuldentilgung für das Jahr um 40 Millionen herabsetzen. Außerdem wissen wir gar nicht, wie sich die Verhältnisse im Reiche gestalten, ob es dort gelingen wird, neue Steuerquellen zu erschließen. Aber wenn im Reiche Steuern nicht oder nicht in ausreichendem Maße bewilligt werden, so bleibt nichts übrig, als das Defizit durch Matrikularumlagen zu decken. Ich teile mit dem Finanzminister und Herrn v. Pappenheim die Ansicht, die meine Fraktion immer vertreten hat, daß die direkten Steuern den Einzelstaaten verbleiben sollen, weil hierdurch die Selbständigkeit der Einzelstaaten gewahrt wird. Erforderlich ist auch, daß der Verteilungsmaßstab der Matrikularumlagen ein gerechter wird, daß die Umlegung nicht mehr nach der Bevölkerungszahl erfolgt, sondern nach der Leistungsfähigkeit. Diese Anregung habe ich schon vor mehreren Jahren hier gegeben. Bei der Steuereinschätzung muß auf die Erziehungskosten, auf die Anzahl der Kinder mehr Rücksicht genommen werden als bisher. Bei einer Wertsteuer für Grund und Boden muß für die Grundstücke, welche dauernd der land- und forstwirtschaftlichen Benutzung dienen, nur der Ertragswert maßgebend sein. Der Finanzminister hat eine Anleihe zur Neuanlage von Schächten in Aussicht gestellt, um die Produktion an Kohlen zu steigern, um die angekauften Felder rentabel zu machen und um einen größeren Einfluß auf die Kohlenpreise zu gewinnen. Dem Kohlensyndikat mit seiner großen Macht muß entgegengetreten werden, ein Ausfuhrzoll auf Kohlen wird aber keinen Einfluß ausüben, lieber sollte man die Kohleneinfuhrtarife ermäßigen. In der Landwirtschaft muß der Arbeitermangel beseitigt werden, besonders durch den Bau von Eisenbahnen in schwach bevölkerten Gegenden, durch Vermehrung der Fortbildungsschulen, Einrichtung von Wirtschaftsschulen und durch den Bau von Arbeiterwohnungen. Für Ost- und Westpreußen sind wieder 2 Millionen für Ansiedelungen ausgeworfen, der Betrag ist aber gar zu niedrig, und auch im Westen sollte man nach dieser Richtung hin Opfer bringen. Für die Fürsorgeerziehung werden auch wieder größere Kosten verlangt, die wir gern bewilligen. Der Finanzminister hat gewarnt vor zu großen Ausgaben auch bei den Kommunen, aber gerade die Gemeinden werden in erheblichem Maße von der Staatsregierung zu Ausgaben gezwungen. Er hat weiter zu einer einfacheren Lebenshaltung aufgefordert und das findet unsere Zustimmung, aber auch hier kann der Staat viel tun. Man bringe nicht nur reiche Beamte in hohe Stellen, sondern Beamte, welche nur auf ihr Gehalt angewiesen sind.

Ich begrüße es mit Freude, daß der Kultusminister erklärt hat, daß die geistliche Leitung des Religionsunterrichtes beibehalten und die Verbindung von Kirche und Schule nicht gelöst werden soll. Die nebenamtliche Verwaltung der Kreisschulinspektionen soll allmählich abgeschafft werden; wir halten es aber für richtig, daß auch die geistliche Kreisschulinspektion aufrecht erhalten wird. Wir halten unbedingt fest an der geistlichen Lokalinspektion. (Sehr gut! im Zentrum.) Der Kultusminister hat ausgeführt, daß dort, wo Rektoren angestellt sind, die Ortsschulaufsicht preisgegeben werden soll; dann muß aber die Erteilung des Religionsunterrichtes durch die Religionsgemeinschaften gesetzlich festgelegt werden. Dieses Ziel muß erreicht werden. Der Herr Minister hat im übrigen aber ausgeführt, daß die Lokalschulinspektion beibehalten werden soll und diejenigen Personen dazu gewählt werden sollen, welche das meiste Vertrauen genießen. Ich nehme als selbstverständlich an, daß er unter diesen Personen nur die Ortsgeistlichen versteht. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wir stehen nicht auf dem Standpunkte wie Dr. Friedberg, daß die Schule der Kirche untergeordnet sein soll, sondern Staat, Kirche und Kommune sollen gemeinsam wirken, um die Schule zu leiten und für Staat und Kirche ein gesundes Menschengeschlecht heranzuziehen. (Beifall im Zentrum.) Der Abg. Fischbeck fand es erfreulich, daß das Staatsministerium sich mit der Wahlrechtsfrage überhaupt beschäftigt habe. Das ich schon erfreulich für den Freisinn! (Heiterkeit.) Wirklich, die Beziehungen zu dem ersten Beamten des Reiches haben eine wunderbare Wirkung ausgeübt. (Heiterkeit.) Wir sind durch die Erklärung der Staatsregierung äußerst enttäuscht worden. Die Forderung, daß eine Neueinteilung der Wahlkreise notwendig sei nach der Zahl der Bevölkerung ist nicht gerechtfertigt, denn die Bedeutung eines Wahlkreises richtet sich nicht nur nach der Bevölkerungszahl. Wir erstreben das gleiche Wahlrecht, aber die Demonstrationen, welche nun wieder am Sonntag veranstaltet sind, müssen wir auf das äußerste beklagen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Der Ministerpräsident hat erklärt, daß es Pflicht der Regierung sei, bei den Wahlen eine unparteiische Haltung zu beobachten. (Heiterkeit im Zentrum.) Wir begrüßen diese Erklärung und wünschen, daß sie ausgeführt wird, namentlich auch gegenüber der Zentrumspartei (Sehr richtig! im Zentrum), denn es bestehen jetzt schon Anzeichen, daß man nicht geneigt ist, der Zentrumspartei gegenüber diese Neutralität zu beobachten. Die Blockpolitik ist im Reiche proklamiert, ob sie auch in Preußen eingeführt werden soll, darüber scheinen die Blockgelehrten noch nicht einig zu sein. (Heiterkeit.) Das Zentrum soll ausgeschaltet worden sein. Zu mächtig soll die Partei geworden sein. (Heiterkeit.) Worauf beruhen denn die Erfolge der Partei; doch nur darauf, daß sie Anträge gestellt hat, daß sie gute und zweckmäßige Anregungen gegeben, so daß die Mehrheit des Reichstages und häufig die des Abgeordnetenhauses und sogar die Regierung ihr zustimmen konnte. Das Zentrum hat feste Grundsätze, von denen es nicht abweicht. Unabhängig hat es sich gestellt und wird es sich stellen gegenüber anderen Parteien und gegenüber der Regierung. Wir lassen den Dingen freien Lauf und wandeln weiter auf den alten bewährten Wegen, halten fest an unserem alten Programm. Wir wollen einen Ausgleich der Interessen herbeiführen, neben den materiellen Interessen für alles Gute, Edle und Schöne eintreten (Beifall im Zentr.), wir erachten es aber auch für unsere besondere Aufgabe, unser ganzes Leben mit christlichen Grundsätzen zu durchdringen. Wir erstreben Freiheit für alle Konfessionen, allezeit werden wir ein eintreten für die christliche und konfessionelle Schule, und wir

hoffen, daß das Volksschulunterhaltungsgesetz auch in dem Geist ausgeführt wird, in dem es erlassen ist, daß der Staat und die Kommunen sich vereinigen, um den konfessionellen Charakter der Volksschule überall mit Entschiedenheit aufrecht zu erhalten, denn darauf beruht die gute Erziehung unserer Kinder. Freiheit wollen wir für alle Konfessionen, dann allein ist der religiöse Friede möglich. Im Sinne der bekannten **münsterischen Rede des Kaisers** hat das Zentrum von jeher gearbeitet. In diesem Sinne wird es weiter wirken und schaffen, mögen sich Widerstände entgegenstellen von welcher Seite sie auch wollen, weil wir die Überzeugung haben, damit dem Vaterlande zu dienen. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. **Wiemer** (frs. Vgg.): Wenn der Minister große Sparsamkeit empfiehlt, muß es Wunder nehmen, daß im Landwirtschaftsetat der Dispositionsfonds für Preise bei Pferdewettrennen um 500 000 ℳ erhöht ist. (Sehr richtig! links.) Das Fiasko der Fahrkartensteuer sei unanfechtbar, die Steuer müsse aufgehoben werden. Ehe man ein Flickwerk im Reiche mache, solle man lieber die Reform vertagen. Seine Partei sei nur für direkte Steuern. Zum Moltke-Hardenprozeß wolle er nur sein Erstaunen darüber ausdrücken, daß durch das Eingreifen der Staatsanwaltschaft das Schöffengerichtsurteil einfach annulliert wurde, das müsse durch die Strafprozeßreform unmöglich gemacht werden. Bei der Reform der Verwaltung müsse die Selbstverwaltung gefördert und mit der Vielregiererei aufgeräumt werden. Die Regierungserklärung zur Wahlrechtsfrage sei absolut unbefriedigend. Die freisinnigen Fraktionen des Landtages hätten einmütig diese Erklärung für unzureichend erklärt und die freisinnige Fraktionsgemeinschaft des Reichstages habe sich dem angeschlossen. Wegen des großen Einflusses Preußens sei die Wahlrechtsreform nicht nur eine preußische, sondern eine deutsche Angelegenheit. (Widerspruch.) Besonders mißfalle an der Erklärung Bülows die Form, die der Brüskierung der liberalen Partei gleichkomme. Die Wahlkreiseinteilung sei ein versteinertes Unrecht.

Finanzminister **v. Rheinbaben** weist darauf hin, daß die Wahlrechtsreform eine rein preußische Angelegenheit sei. Die Vorwürfe gegen die Schutzzollpolitik seien nicht berechtigt. Wo wäre Deutschland ohne die Schutzpolitik Bismarcks geblieben. Daß die Regierung auf eine erhöhte Repräsentation dränge, sei ihm nicht bekannt. Seine Mahnung zur Einschränkung der Repräsentationskosten habe sich auch auf die hohen Beamten bezogen. Unrichtig sei, daß Deutschland zu hoch mit indirekten Steuern belastet wäre. Die Freisinnigen möchten soweit entgegenkommen, daß sie der viel stärkeren Heranziehung entbehrlicher Genußmittel, wie Tabak, nicht mehr widersetzen. Der Minister weist sodann die Behauptung, daß der Wechsel im Berliner Polizeipräsidium mit dem Moltke-Harden-Prozeß in Beziehung stehe, zurück und nimmt den Herrn Studt gegen einige Angriffe des Vorredners in Schutz. Studt habe sich mit allen Kräften seinem Amte gewidmet.

Justizminister **Beseler** lehnt es ab, auf die Ausführungen Wiemers bezügl. des Moltke-Harden-Prozesses zu antworten, da die Revision beim Reichsgericht schwebe.

Abg. **Stychel** (Pole): Preußen ist der reaktionärste Staat, hier geht Macht vor Recht. Man kann es den Polen nicht verargen, wenn sie ihre Nationalität nicht zugrunde gehen lassen wollen. Wir kämpfen nicht gegen unsere deutschen Mitbürger, sondern gegen das rücksichtslose antipolnische System. (Beifall bei den Polen.)

Hierauf tritt Vertagung ein.

Mittwoch 11 Uhr: Fortsetzung der Etatsberatung.

Schluß 5¼ Uhr.

Tages-Ereignisse.

* **Berlin,** 14. Januar 1908.

× **Der Kaiser spricht** in einem **Erlaß an seinen Militärinspekteur der freiwilligen Krankenpflege** allen Bevölkerungsschichten Deutschlands für ihre selbstlose Opferwilligkeit, mit der sie Mittel für die freiwillige Krankenpflege während der Feldzüge in Südwestafrika aufgebracht haben, seinen Dank aus. Im besonderen gedenkt der Kaiser anerkennend der Tätigkeit des Zentralkomitees der deutschen Vereine vom Roten Kreuz, der Ritterorden und der übrigen Organisationen, welche in aufopfernder und erfolgreicher Weise für die freiwillige Krankenpflege in Südwestafrika tätig gewesen seien.

Abgeordneter Giesberts wurde zum Mitglied des **Beirats** der Zentralstelle für Volkswohlfahrt ernannt. Zum stellvertretenden Mitglied wurde ernannt Generalsekretär Behrens.

Ernst Hasse †. Gestern ist in Leipzig der frühere Reichstagsabgeordnete Ernst **Hasse gestorben.**

Freisinnige gegen den Block?

Ein Berliner Blatt, das nach der Linken hin Fühlung haben kann, will wissen, einige **„hervorragende Politiker" der Freisinnigen Vereinigung beabsichtigen, aus der Partei auszutreten.** Der Verlauf der Wahlrechtsdebatte und vor allem die „schwächliche Haltung der freisinnigen Führer" habe in ihnen die Überzeugung gefestigt, daß die „liberalen Prinzipien" durch die Blockpolitik allerschwersten Schaden leiden müssen.

Sozialdemokratische Interpellationen.

Dem „Vorwärts" zufolge wurde in der gestrigen Fraktionssitzung der sozialdemokratischen Partei beschlossen, im Reichstage folgende **Interpellationen** einzubringen: „Aus welchen Gründen hat der Reichskanzler in der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 10. Januar die **Übertragung des Reichstagswahlrechtes** auf einen Bundesstaat als **„dem Staatswohl** nicht entsprechend" bezeichnet und: „Billigt der Reichskanzler, daß aus Anlaß der am 12. Januar in Berlin zum Zwecke der Propaganda für das Reichstagswahlrecht einberufenen sozialdemokratischen Volksversammlungen zum Zwecke etwaigen militärischen Einschreitens **Militär** in den Kasernen **konsigniert** war?"

Über eine Zigarrenbanderolensteuer

ist man sich, wie die Freis. Ztg. erfährt, in Regierungskreisen **so einig,** daß man schon die **Einzelheiten des Tarifs** festsetzt. Am 4. Januar hat bekanntlich eine Konferenz des badischen Finanzministeriums mit 14 Tabakindustriellen Badens stattgefunden, in der die Sätze der Banderolensteuer besprochen wurden. Es besteht die Absicht, die Zigarren bis zu 7 ₰ im Einzelverkauf mit einer Banderolensteuer von 5 ℳ pro Tausend, die 8 ₰-Zigarre mit einer solchen von 7½ ℳ, die 10 ₰-Zigarre mit 10 ℳ zu belegen. Die Steuer soll dann weiter aufwärts gehen bis zu 20 ℳ. Um den Zigarrenfabrikanten den Einwand zu nehmen, daß nunmehr die von der Regierung selbst vor zwei Jahren als wünschenswert bezeichnete disparitätische Behandlung der Zigarre und der Zigarette wieder aufgehoben würde, will man auch die Banderolensteuer für die Zigarette noch erhöhen, so daß die gegenwärtige Differenz durch das Hinaufschrauben beider Steuern wiederhergestellt wird.

Der Gesundheitszustand des Kaisers.

Die **amtliche** Darmstädter Zeitung gibt an der Spitze ihres heutigen Blattes folgende Zuschrift aus Berlin wieder:

„In gewissen Kreisen des Inlandes und des Auslandes herrscht ein bei vornehm denkenden und empfindenden Menschen nahezu unverständliches Bedürfnis, immer wieder mit **sensationellen Gerüchten** und Geschichten aufzuwarten, die mit Vorliebe Deutschland zum Ziele einer wenig bedenklichen Fabulierkunst wählen. Gehen eine Weile die politischen Motive aus, so werden in gemessenen Zeiträumen angebliche Gerüchte über einen **ungünstigen Gesundheitszustand des Kaisers** zu Betrachtungen solcher Art als Ausgangspunkt genommen. Neuerdings wird unter Berufung auf den Ursprungsort derartiger Gerüchte verbreitet, die einige Monate lang zurückliegende **katarrhalische Affektion des Kaisers** habe durch den Aufenthalt in England **keine Besserung,** sondern im Gegenteil eine **Verschlimmerung** erfahren. Zur Unterstützung dieser Behauptung werden allerhand vorgebliche Wahrnehmungen aus den letzten Wochen angeführt. Wir können demgegenüber feststellen, daß dieses ganze Gerede **jeglichen tatsächlichen Hintergrundes entbehrt und völlig haltlos ist.** Seit der Rückkehr des Kaisers aus England haben nicht nur die nächste Umgebung des Monarchen und die mit ihm in häufige persönliche Berührung tretenden obersten Spitzen der Reichs- und Staatsbehörden, sondern auch weite Kreise des Publikums Gelegenheit gehabt, den Kaiser bei festlichen Veranstaltungen aus unmittelbarer Nähe zu beobachten. Hierbei hat man weder körperliche Hemmungen seines Befindens noch seelische Verstimmungen bemerken können. Der Kaiser erledigt mit ungeminderter Spannkraft die an ihn herantretenden umfassenden Staatsgeschäfte und unterzieht sich den Aufgaben der Repräsentation mit der gleichen Leichtigkeit, wie er vielstündigen Aufführungen im Opernhause und Kgl. Schauspielhause bis zum Schlusse mit sichtbarem lebhaftem Interesse folgt. All das wäre, wie sich von selbst versteht, nicht möglich, wenn sein Befinden nicht vorzüglich wäre. Es mag denn auch hinzugefügt werden, daß von keiner wirklich unterrichteten Seite auch nur eine Bemerkung im Sinne der von uns widerlegten Gerüchte gefallen ist."

Die Wahlrechtserklärung Bülows in der Berliner Presse.

Die Erklärung des Fürsten Bülow zur Wahlrechtsreform in Preußen hat begreiflicherweise in der gesamten Berliner Presse zu lebhaften Erörterungen Veranlassung gegeben. Die konservativen Blätter drücken im allgemeinen ihre Genugtuung über die ablehnende Haltung der Regierung aus, aber ganz zufrieden sind sie doch nicht. Die **„Deutsche Tagesztg."** ist mit dem negativen Teil der Erklärung des Fürsten Bülow, daß das Reichstagswahlrecht auf Preußen nicht übertragen werden könne, einverstanden, der übrige Teil der Erklärung gefällt dem Blatt aber ganz und gar nicht. Es meint, wenn Fürst Bülow die Mängel des preußischen Wahlrechts hervorgehoben habe, „dann hätte er hinzufügen sollen, daß das Wahlrecht auch seine großen Vorzüge hat und daß Preußen dabei bisher recht gut gefahren ist." Zum Schluß rät das Blatt der Regierung, von „dem Wahlrecht vorläufig die Hand zu lassen", denn ein Ministerpräsident, der sich geäußert habe, wie es Fürst Bülow am Freitag getan habe, könne eine sogenannte Wahlrechtsreform nicht gegen die Parteien der Rechten und gegen die Vertreter einer gesunden und klaren Mittelstandspolitik machen. Die „Nationalzeitung" bezeichnet die Erklärung des Fürsten Bülow insofern „als einen Erfolg der Blockpolitik, als die Regierung ihren bisherigen absoluten Widerstand gegen jede Änderung des Wahlrechts aufgegeben hat." Das sei aber auch alles. Des weiteren benutzt dann das liberale Blatt die Gelegenheit, das Zentrum zu verleumden. Es behauptet, das Zentrum sei nur durch die Rücksicht auf seine Wähler gezwungen, für eine Wahlrechtsreform einzutreten, denn „den in ihrem Innern konservativen Ultramontanen ist der Gedanke ebenso verhaßt, wie einem waschechten Konservativen". Was aber das nationalliberale Blatt hinzuzufügen vergessen hat, ist, daß es die Nationalliberalen waren, welche den Wahlrechtsantrag zu Fall brachten. Die linksliberale Presse nimmt die Erklärung außerordentlich ruhig auf. Das kann allerdings nicht Wunder nehmen, denn die Freisinnigen wollen, wie die „Germania" mit Recht bemerkt, das Reichstagswahlrecht nicht im Ernst, weil es in erster Linie den Sozialdemokraten auf ihre Kosten nützen würde. Sie müssen es zum Schein wieder fordern, weil sie andernfalls nicht minder unter der sozialdemokratischen Konkurrenz zu leiden hätten. Wenn die Regierung ihre Forderung also ablehnt, so ist ihnen das im Grunde ganz recht; sie würden es ihr selbst dann, wenn sie das Reichstagswahlrecht aufrichtig wollten, nicht ernstlich übel nehmen, weil ihr höchster Wunsch doch ist, beim Block zu bleiben. Das „Berliner Tageblatt" ist von dem Inhalt der Erklärung des Reichskanzlers ebensowenig überrascht, wie seine übrigen Kollegen vom entschiedenen Liberalismus. Nur der „Vorwärts" ist ganz aus dem Häuschen. Er nennt die Erklärung Bülows eine Kriegserklärung, eine aufpeitschende Provokation für alle, die noch einen Rest demokratischen Empfindens sich bewahrt haben, ein blutiger Hohn für die entrechteten Massen, eine Solidaritätserklärung der Regierung mit den verhaßten und verrotteten Privilegien der Junkerkaste.

Das Reichstelegraphenmonopol

soll nunmehr auch auf die drahtlose Telegraphie ausgedehnt werden. Dem Reichstag ist eine Novelle zum Gesetz über das Telegraphenwesen zugegangen. Sie hat folgenden Wortlaut: § 8 erhält folgenden Absatz 2: **Elektrische Telegraphenanlagen, welche ohne metallische Verbindungsleitungen Nachrichten vermitteln, dürfen nur mit Genehmigung des Reichs errichtet** und betrieben werden.

Ausland.

Rußland.

Minister Stolypin ist durch kaiserliches Reskript zum Staatssekretär des Kaisers ernannt. In dem Reskript drückt der Zar Stolypin für seine vielseitige Tätigkeit und sein erfolgreiches Wirken seine herzliche **Anerkennung** aus; er habe Stolypin als einen Mann von vorzüglicher Begabung und Selbstaufopferungspflicht schätzen gelernt. — Außerdem wurde Reichsratsmitglied **Schwarz** anstelle des verabschiedeten **v. Kaufmann** zum Minister für Volksaufklärung ernannt; mehrere Minister erhielten Orden.

Norwegen.

Die feierliche Eröffnung des Storthing fand heute in Gegenwart des Königs Haakon statt. In der Thronrede wurde das Integritätstraktat und die Teilnahme Norwegens an der Haager Friedenskonferenz behandelt, sowie ferner ein Gesetzentwurf angekündigt über den Eisenbahnbauplan für die nächsten 12 Jahre und endlich Bestimmungen über die Konzession für den Erwerb und die Ausnutzung von Waldbeständen, Wasserfällen und Erzfunden.

Marokko.

Wieder einmal der „hl. Krieg" erklärt in Marokko! Die Nachricht eines Londoner Blattes, daß in der Moschee von Fez **Mulay Hafid zum Sultan proklamiert** worden sei, wurde durch eine **amtliche** Depesche der „Agence Havas" aus Tanger bestätigt. Als der Grund für die **Absetzung des Sultans Abdul Aziz** wird seine nachgiebige Haltung gegenüber Frankreich und den übrigen europäischen Mächten bezeichnet. Er wird beschuldigt, das Eindringen der Christen in das marokkanische Gebiet geduldet zu haben und mit ihnen wegen der Organisation der Polizei, die den marokkanischen Ueberlieferungen und Gebräuchen widerspreche, im Einvernehmen zu stehen. **Der heilige Krieg ist erklärt worden.** In Fez ist ein Khalifat Mulay Hafids errichtet worden. **Die Ursache zur Erhebung** wird in dem Abschluß eines Vertrages zwischen Frankreich und dem Sultan Abdul Aziz gefunden, wonach Marokko die städtischen Abgaben Frankreich für zehn Jahre in Verwaltung gibt. Als ein Vertreter des Sultans in Fez erschien, versammelten sich die angesehensten Bürger und 4000 Bewaffnete in der Hauptmoschee; sie ließen die Behörden holen, und diese mußten schwören, daß sie dem **Vertrage nicht zustimmen wollten.** Es wurde eine Huldigungsurkunde für Mulay Hafid mit goldenen Buchstaben angefertigt. Weiter wird verlangt die Abschaffung der Algeciras-Akte und ein freundschaftliches Verhältnis mit dem Sultan von der Türkei.

Der **Absetzung Abdul Aziz** in der Idris-Moschee wohnten alle Vornehmen Fezs und eine große Volksmenge bei. Es wurde eine Proklamation verlesen, in der es heißt: „Wir erklären Abdul Aziz, der die Wehrkraft des Landes unseren Feinden, den Franzosen, ausgeliefert hat, **des Thrones verlustig,** weil er sich unwürdig gezeigt hat, das Werk seiner Vorfahren fortzusetzen, und **proklamieren den frommen,** der Ueberlieferung der Väter treuen **Mulay Hafid zum Sultan.** Zum Vertreter Mulay Hafids bis zu seiner Ankunft in Fez wurde sein Oheim Abdesselam ausgerufen. Die Truppen des Sultans Abdul Aziz, die gegen Mulay Hafid gesandt waren, **traten ohne Kampf zu Mulay Hafid über.** Der Gesandte Regnault in Tanger erhielt von der Proklamation durch einen Boten des französischen Vertreters in Fez Kenntnis. Man glaubt, daß in zwei marokkanischen Hafenstädten ebenfalls alsbald die Proklamierung Mulay Hafids zum Sultan erfolgen werde.

Die Meldungen haben **in Paris** ungeheure Erregung wachgerufen. Man nimmt an, daß die Politiker, die stets auf schärfere Maßnahmen in Marokko drängten, die Gelegenheit benutzen werden, um die **Entsendung einer größeren Expedition nach Fez** durchzusetzen. Zweck dieser Expedition wäre die **gewaltsame Wiedereinsetzung Abdul Aziz.** Die von General Lyautey begonnene Heimsendung der aus Oran nach dem Benisnassengebiete herangezogenen Truppen ist sofort eingestellt worden. Auch die Vorbereitungen zur Räumung von Casablanca und zur Uebergabe des Platzes an die scherifischen Behörden wurden telegraphisch sistiert. Es läßt sich noch nicht absehen, welche Entwicklung diese neueste Wendung nehmen wird. In den französischen Ministerien finden permanente Beratungen statt.

Amerika.

Die Fahrt der amerikanischen Kriegsschiffe nach den Philippinen. Aus Rio de Janeiro wird gemeldet: Die amerikanische Schlachtflotte ist hier angekommen.

* **Berlin,** 14. Januar 1908.

\# **Die Budgetkommission** des Reichstages begann heute mit der Beratung des **Militäretats.** Die Ausgaben wiesen gegen das Vorjahr eine erhebliche Steigerung auf. Die Debatte drehte sich um mehrere **Anträge des Zentrums** und der Sozialdemokraten über Verkürzung der Dienstzeit. Das Verlangen der Sozialdemokraten, die zweijährige Dienstzeit für Kavallerie und reitende Artillerie einzuführen, wies der Kriegsminister zurück. Dagegen wurde unter Zustimmung des Kriegsministers v. Einem ein Antrag des Zentrums angenommen, der die **Vorlegung einer Denkschrift** über die Möglichkeit der Einführung der **zweijährigen Dienstzeit, auch für die reitenden Truppen,** fordert. Abgelehnt gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wurde ein sozialdemokratischer Antrag auf Einführung der einjährigen Dienstzeit für alle Truppengattungen.

□ **Der Seniorenkonvent des Reichstages** trat heute zu einer Sitzung zusammen. Er stellte folgendes Arbeitsprogramm für die nächsten Wochen fest. Am Mittwoch den 15. sollen die noch vorliegenden Interpellationen über das Knappschaftswesen, die Polenvorlage und das Wahlrecht erledigt werden. Daran schließt sich die 2. Lesung des Etats, die Verhandlungen werden kontingentiert. Am 24. März soll die 2. Lesung beendet sein. In der Zwischenzeit soll auch die 1. Lesung der noch ausstehenden Gesetzentwürfe stattfinden, mit Ausnahme der Hilfskassenvorlage, die zurückgestellt werden soll. Vom 25. d. M. ab bis zu den Osterferien sollen die Sonnabende und die Montage freibleiben, da am Montag den 27. Jan. Kaisersgeburtstag ist, bleibt der 28. Jan. ebenfalls sitzungsfrei.

○ **Die von der sozialdemokratischen Parteileitung** auf heute abend anberaumten Versammlungen, in denen die Wahlrechtsdemonstrationen besprochen werden sollten, hatte die Polizei zu umfangreichen Maßnahmen veranlaßt. Anlaß zum Einschreiten war jedoch nirgends geboten. Die Versammlungsteilnehmer entfernten sich ruhig nach Schluß der Versammlungen.

\+ **Die Wahlprüfungskommission des Reichstages** hat die Wahl des Reichstagsabgeordneten **Pauli** (Ober-Barnim) für gültig erklärt. Die Wahl des Abgeordneten **Labroise** wurde beanstandet und Beweiserhebungen beantragt. Die Verhandlungen über den Protest gegen die Wahl des Abgeordneten **Becker** wurden noch nicht zu Ende geführt.

□ **Aus Kamerun** kommen Meldungen recht bedenklicher Art. In dem Bezirk Mandara ist es infolge unruhigen Treibens religiöser Aufwiegler zu einer bedrohlichen Stimmung unter den Eingeborenen gekommen. Auch in dem benachbarten französischen Bezirke ist eine ähnliche Aufregung wahrgenommen worden.

◊ **Karlsruhe,** 14. Jan. **Zur Krisis im Flottenverein.** Der badische Landesausschuß des deutschen Flottenvereins ist mit dem weiteren Verbleib des Generals **Keim** in der Stelle als Geschäftsführender Vorsitzender des Flottenvereins **nicht** einverstanden. Er hat seine Delegierten zur Kasseler Versammlung beauftragt, in diesem Sinne tätig zu sein.

○ **Die Tabaksteuer,** welche dem Bundesrate zugegangen ist, sieht, wie die „Deutsche Tageszeitung" meldet, nicht nur die Banderole für Zigarren, sondern auch für **Rauch-, Kau- und Schnupftabak** vor.

\+ **Die Kommission** zur Vorberatung des **Vogelschutzgesetzes** wählte den Abg. **Schwarze**-Lippstadt (Ztr.) zum Vorsitzenden.

\+ **v. Braunschweig,** General der Infanterie und Kommandierender des 17. Armeekorps, ist in Genehmigung seines Abschiedsgesuchs mit der gesetzlichen Pension z. D. gestellt.

× **Die Wahldemonstrationen** wiederholten sich heute abend in kleinerem Maßstabe. An verschiedenen Stellen kam es zu kleineren Zusammenrottungen und Demonstrationen, an denen sich aber nur jugendliche Personen beteiligten. Gegen 6 Uhr versammelten sich zwischen dem Brandenburger Tor und dem Reichstagsgebäude etwa 200 Personen, welche „Nieder mit Bülow!" und „Hoch das allgemeine Wahlrecht!" riefen. Der Aufforderung, sich zu entfernen, wurde bereitwilligst Folge geleistet.

◊ **Die Regierungsvorlage zum Enteignungsgesetz von den Konservativen wieder hergestellt!** Die konservative Fraktion hat in ihrer heutigen Fraktionssitzung beschlossen, zum Enteignungsgesetz den Antrag einzubringen, wonach das Enteignungsrecht ohne Beschränkung der Zeit und des Ortes auf die ganzen Provinzen Westpreußen und Posen ausgedehnt werden soll. Dagegen soll die Ankaufsfläche auf 70 000 Hektar beschränkt werden. Ob hierfür, wie von der Regierung vorgeschlagen, 275 Millionen oder nur 125 Millionen nötig sein werden, soll einer Prüfung der Kommission vorbehalten bleiben. Mit dem Antrage ist im wesentlichen der ursprüngliche Regierungsantrag wieder hergestellt.

= **In die Kommission** zur Vorberatung eines Gesetzes über die Änderung des Gesetzes betr. den **Unterstützungswohnsitz** wurde vom Zentrum u. a. der Abg. **Becker**-Arnsberg gewählt.

○ **Zur Finanzreform.** Wie verlautet, werden in den nächsten Tagen die Finanzminister der Einzelstaaten in Berlin zusammenkommen, um an den Beratungen der Bundesratsausschüsse über die neue dem Reichstage zu unterbreitende Steuervorlage teilzunehmen. Bis jetzt hat in dem Bundesratsausschuß nur eine Vorbesprechung stattgefunden.

□ **Die Breslauer Handelskammer** sprach sich in einer Resolution scharf gegen die geplante Änderung der Fernsprechgebühren aus; die Reform würde den wirtschaftlichen Nutzen des Fernsprechers stark beeinträchtigen. — Auch die **Hannoversche Handelskammer** beschloß wegen der Änderung beim Staatssekretär Krätke vorstellig zu werden, da die neuen Gebühren Handel und Industrie aufs schwerste schädigen würden.

\+ **Gegen Auswüchse im Automobilwesen.** Die konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses hat eine Interpellation eingebracht, um den immer mehr überhand nehmenden Ausschreitungen beim Betriebe von Kraftfahrzeugen besser als bisher zu begegnen.

≈ **Dresden,** 13. Jan. Der Antrag des sächsischen Flottenverbandes auf **Verlegung der Kasseler Hauptversammlung,** um Zeit zu Vermittelungsversuchen zu gewinnen, ist vom Berliner Präsidium als verspätet **abgelehnt** worden.

÷ **Nürnberg,** 14. Jan. **Die Demokraten wollen aus dem Block heraus!** Die gestrige Generalversammlung des demokratischen Vereins in **Nürnberg** faßte nach einem Referat des Redakteurs Stelzner und einer lebhaften Erörterung folgende Resolution: Die Stellungnahme des Reichskanzlers und preuß. Ministerpräsidenten gelegentlich der Wahlrechtsdemonstration im preußischen Landtage **hat zur** Evidenz gezeigt, daß der verantwortliche **Leiter der deutschen Regierung in Wahrheit nicht gewillt ist, den einfachsten sozialen Grundsätzen Rechnung zu tragen.** Deshalb richtet die Generalversammlung an die **Fraktion der deutschen Volkspartei** im Reichstag die dringende Bitte, **aus dem Block auszuscheiden.**

\# **Paris,** 13. Jan. Die Zahl der **französischen Truppen** bei Casablanca soll sofort **auf 20 000 Mann erhöht werden.** In Fez wurden zwei französische Zeitungskorrespondenten von den Eingeborenen grausam getötet.

÷ **Paris,** 13. Jan. **General Corao — ein Fälscher.** In Nizza wurde gestern abend auf Verlangen der venezolanischen Regierung der General Emanuel Corao verhaftet. Er wird der Fälschung und des Gebrauchs von Fälschungen beschuldigt. Der General, der einen großen Rennstall besitzt, hatte seinerzeit mit dem Präsidenten Castro einen **ernsten** Konflikt.

× **Paris,** 15. Jan. Auf dem Großen **See** im Bois de Boulogne **brachen** gestern nachmittag 5 Uhr **etwa 30 Personen durch die Eisdecke. Ein** Mann wurde tot unter dem Eise hervorgezogen; mehrere Personen werden noch vermißt. **Man schätzt die Zahl der Umgekommenen auf 10.**

○ **London,** 11. Jan. **Heizung der Schiffsdampfkessel durch Petroleum!** Der im Dienst der englischen Admiralität stehende Marinesachverständige Kermode hat dem Mitarbeiter eines englischen Blattes interessante Mitteilungen über die **Benutzung von Petroleum als Feuerungsmittel für Schiffskessel** gemacht. Zum Vergleich weist er darauf hin, daß der Dampfer „Lusitania" infolge der Ersetzung der Kohlen durch Petroleum eine Ersparnis von 285 Heizern (27 anstatt 312) erzielt und imstande sein würde, 400 Tonnen Fracht und 250 Passagiere mehr als bisher an Bord zu nehmen. Außerdem würde die Reisedauer um 8 Stunden verringert werden. Das englische Marineamt besitzt bereits zwei Spezial-Petroleumdampfer, welche den mit Petroleumheizung versehenen englischen Schiffen als Begleitdampfer beigegeben sind.

÷ **London,** 13. Jan. **Die Times schreibt:** Die große Stärke der Sozialdemokratie in Preußen beruht darin, daß der Arbeiter kein Mittel hat, an der Regierung seines Landes teilzunehmen. Je länger darum das jetzige alte System bestehen wird, um so gefährlicher wird das Gefühl der Unzufriedenheit werden. Bülow, dem man einst liberale Ideen zuschrieb, hat diese kaum betätigt.

≈ **Rom,** 13. Jan. **Zum Konflikt zwischen Italien und Abessinien.** Die Ereignisse in Lugh bilden hier immer noch das Tagesgespräch und den Mittelpunkt der Zeitungskommentare. Halbamtlich wird berichtet, daß die englische, französische und deutsche Regierung ihren Vertretern in der abessinischen Hauptstadt Anweisung gegeben haben, die Aktion des Vertreters Italiens beim Menelik zu unterstützen. Diese Nachricht ist von großer Wichtigkeit, da sie beweist, daß zwischen den europäischen Mächten ein Einverständnis bezüglich des Vorgehens gegen Menelik besteht. Es handelt sich nicht nur um eine Verständigung der drei Mächte, sondern um einstimmige Mitwirkung sämtlicher europäischer Mächte. Zweifellos wird diese Intervention auf Menelik einen tiefen Eindruck machen. Negus Menelik hat übrigens, wie jetzt amtlich mitgeteilt wird, den Ernst der Grenzverletzung anerkannt und den Vertreter der italienischen Regierung ermächtigt, der Regierung sein Bedauern über den Vorfall auszusprechen, aber gleichzeitig mitzuteilen, daß die diesbezüglichen Nachrichten übertrieben seien. Der Negus brachte ferner seine freundschaftlichen Gefühle für die italienische Regierung zum Ausdruck und machte für den Zwischenfall die Rebellenführer verantwortlich. Er erklärte sich bereit, Genugtuung zu geben und inzwischen Befehl zu erteilen, zur Zurückberufung aller Abessinier, die sich zur Zeit in der Umgegend von Lugh und in der Stadt selbst befinden. Menelik bestätigte die früher abgeschlossenen Verträge bezüglich der Aufrechterhaltung des status quo im Hinterlande von Benadir und versicherte, die notwendigen Maßregeln zur Aufrechterhaltung des status quo treffen zu wollen, andererseits erklärte Menelik, die schuldigen Amhara bestrafen und Entschädigung für den angerichteten Schaden leisten zu wollen.

÷ **Rom,** 14. Jan. Der Papst ernannte anstelle des verstorbenen Kardinals Steinhuber den Kardinal Segna zum Leiter der Index-Congregation.

+ **Tokio,** 14. Jan. **Ministerkrisis.** Der Finanzminister und der Verkehrsminister sind aus dem Kabinett ausgeschieden; auch der Ministerpräsident bot seine Demission an, die aber abgelehnt wurde. Die Ursache der Krisis glaubte man in Budgetdifferenzen zu finden.

Westfalen — Rheinland.

Dülmen, den 16. Januar.

○ **Ein großer Zentrumsparteitag** für die **Mark** findet am zweiten Sonntag des kommenden Monats, am 9. Februar, hier in Hamm statt. Das Nähere wird noch bekanntgegeben.

h. Im kath. Gesellenhause begann gestern abend ein Cyklus von 8 Vortragsabenden, welcher vom hiesigen Handwerkerverein, den Innungen und dem Gesellenverein veranstaltet wird, und über die das Handwerk betreffenden wichtigsten Fragen unterrichten soll. Die Abhaltung der Vorträge hat in bereitwilligster Weise ein Mitglied der Handwerkskammer Münster, Herr Esterhues, übernommen und sich am gestrigen ersten Abende seiner Aufgabe glänzend entledigt. Gegen 8 Uhr begrüßte Herr Vikar Uppenkamp zunächst die Anwesenden, deren Zahl sich auf ungefähr 100 Personen belief, und wies sodann auf die Bedeutung einer allgemeinen Bildung für den Handwerker hin, denn Wissen sei in der heutigen Zeit des Kampfes im Erwerbsleben die erste Kraft. Hoffentlich werde das Interesse an den Abenden ein noch intensiveres werden und damit die Zahl der Teilnehmer sich im Laufe der Zeit noch erheblich vermehren. Herr Esterhues begann sodann seinen ersten Vortrag mit dem Thema über „Die Organisation des Handwerks" nach den Bestimmungen der Gewerbeordnungsnovelle vom 26. Juli 1897 und über die Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung, welche erst durch die technischen Erfindungen ihren heutigen Aufschwung erhalten, und die heutige Gesetzgebung für die verschiedenen Stände bedingt habe. Diese kennen zu lernen, sei ebenso notwendig für den Kaufmann und Landwirt, wie auch für den Handwerker, um sich vor Schaden zu schützen und sich die mannigfaltigsten Vorteile namentlich der sozialpolitischen Gesetze zu Nutze zu machen. Für das Handwerk komme hier in erster Linie die Gewerbeordnung mit ihren vielen Bestimmungen in Betracht, deren Kenntnis ein ganzes Studium erfordere. Redner bespricht sodann die aus demselben hervorgegangenen Innungen, sowie das sog. Handwerkergesetz, welch' letzteres zwar die Handwerkerkammern und die Zwangsinnungen geschaffen, aber den obligatorischen Befähigungsnachweis und andere Forderungen der Handwerker noch nicht erfüllt habe. Redner erklärt des näheren die freien Innungen und die Zwangsinnungen, welche beide ideelle und wirtschaftliche Zwecke verfolgen sollen und deren Unterschied nur in den wirtschaftlichen Aufgaben zu finden sei. Von großer Bedeutung seien für den Handwerkerstand die Handwerkerkammern, von denen wir heute im deutschen Reiche 72 und deren 4 in Westfalen besitzen, und deren ersprießliche Tätigkeit, sowie Zusammensetzung und Wahl Herr Esterhues in längeren Auseinandersetzungen klarlegte, um dann das volle Vertrauen der Handwerker zu diesem nützlichen Institute zu erbitten, welches allen Handwerkern seine Unterstützung leihen wolle. Letzter Punkt des in allen Teilen klaren und durchdachten Vortrages bildete die „Führung des Meistertitels", welchen bekanntlich seit dem 1. Oktober 1901 nur diejenigen Handwerker beanspruchen können, welche vor diesem Termin ein Handwerk selbständig betrieben oder späterhin ein diesbezügliches Examen abgelegt haben. Reicher Beifall, den Herr Anstreichermeister W. Dreimann in kurze Dankesworte kleidete, lohnte am Schluß die trefflichen und klaren Ausführungen des Redners. Die nachfolgenden Vorträge, die an den nächsten 7 Dienstagen stattfinden sollen, werden nachstehende Themata behandeln: Die Bestimmungen der Gewerbeordnung bezüglich des Verhältnisses zwischen Meistern, Gesellen, Lehrlingen usw. Arbeiterversicherung. 1. Teil: Kranken- und Unfallversicherung. Arbeiterversicherung. 2. Teil: Invalidenversicherung. Die gewerbliche Kalkulation (Preisberechnung). Einführung in die gewerbliche Buchführung unter Berücksichtigung des vielfach bei den Handwerkern auf dem Lande vorhandenen landwirtschaftlichen Nebenbetriebes. Unsere Steuergesetze und Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens für Einkommen- und Gewerbesteuer. Die Verträge des täglichen Lebens. Allgemeines. Kaufvertrag, Dienstvertrag, Pachtvertrag, Werkvertrag usw. Eingeschaltet wird ferner Wechsel- und Scheckverkehr, Kredit wesen, Borgumwesen, Haftpflicht.

÷ **Windthorstbund.** Gestern abend fand im „Historischen Saale" des Gasthofs Kaute die erste Versammlung des Windthorstbundes im neuen Jahre statt, welche recht gut besucht war. Es wurden Vorträge gehalten über „Die politischen Ereignisse der letzten Zeit", „Die Geschichte und das Programm der Sozialdemokratie" und über „Den Staat". Die Versammlung verlief sehr anregend, zumal die Diskussion eine recht rege war.

—o—

★ **Lette,** 13. Jan. Der Volksverein für das katholische Deutschland hielt gestern nachmittag im großen Saale des Gastwirts Joseph Tewes eine sehr zahlreich besuchte Versammlung ab. Weil der zu haltende Vortrag auch die Krankenpflege betraf, war den Frauen der Zutritt zu diesem gestattet, wodurch der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt war. Der Geschäftsführer, Herr Pfarrverwalter Rothues, eröffnete die Versammlung und hieß den Herrn Kreisarzt Dr. Wolters sowie die hochw. Herren Vikare von Osterwick und Norup und alle Erschienenen herzlich willkommen. Nach einer kurzen Einleitungsrede brachte er ein dreifaches Hoch auf unsere beiden höchsten Autoritäten, Papst Pius X. und Kaiser Wilhelm II. aus, in welches alle begeistert einstimmten. Der Vorsitzende erteilte darnach das Wort dem Herrn Kreisarzt Dr. Wolters zu einem Vortrag über die verschiedenen Arten der Tuberkulose. Redner besprach eingehend die Entstehung und den Verlauf der Gehirn-, Lungen-, Knochen- und Hauttuberkulose. Danach fand beim prächtig geschmückten Christbaum eine schöne Weihnachtsfeier statt. Anknüpfend sprach der Herr Vikar von Osterwick in längerem interessanten Vortrage über die denkwürdigen Stätten des hl. Landes, die in 80 schönen, großen Lichtbildern dargestellt wurden. Beide Vorträge wurden mit größter Aufmerksamkeit aufgenommen und fanden den verdienten reichen Beifall.

★ **Gr.-Reken,** 13. Jan. Beim hiesigen Standesamt kamen im verflossenen Jahre zur Anmeldung 131 Geburten (61 männliche und 70 weibliche), dagegen nur 64 Sterbefälle (28 männliche und 36 weibliche), Heiraten wurden 21 geschlossen. Von den Gestorbenen standen im Alter bis zu 1 Jahr 22, 1—10 Jahren 7, von 10—12 Jahren 4, von 20—40 Jahren 7, von 40—60 Jahren 7, von 60—80 Jahren 10 und im Alter von über 80 Jahren 4.

★ **Seppenrade,** 13. Jan. Bei dem hiesigen Standesamte wurden 1907 beurkundet: 81 Geburten, 21 Eheschließungen und 65 Sterbefälle.

★ **Münster,** 14. Jan. Montag vormittag begann unter dem Vorsitze des Landgerichtsrats Reerinck die erste diesjährige Schwurgerichtsperiode am hiesigen Kgl. Landgericht. Auf der Anklagebank saß der 24jährige schon vorbestrafte Arbeiter August Kornell, gebürtig aus Nieradau bei Pr.-Stargard (Westpr.), welcher der Brandstiftung beschuldigt ist. Bereits in der letzten Schwurgerichtsperiode im Oktober v. J. ist gegen den Angeklagten wegen dieses Verbrechens verhandelt worden. Der Angeklagte war im Frühjahr v. Js. in den Dienst des Kolons Clemens Egbering in Darup getreten. Am Abend des 17. August geriet er mit seinem Dienstherrn wegen Lohndifferenzen in einen Wortwechsel, bei dem Kornell gedroht haben soll, dem E. das Haus in Brand zu stecken. In der Tat brannte denn auch am folgenden Abend eine Scheune des E. ab. Die näheren Umstände ließen den Verdacht aufkommen, daß Kornell der Brandstifter gewesen sei. Er wurde, nachdem Clemens E. dem Angeklagten durch ein geschicktes Manöver ein Geständnis entlockt haben will, denn auch verhaftet und im Oktober v. Js. gegen ihn verhandelt. Der Angeklagte leugnete damals (wie auch jetzt) unter allen Umständen die Tat. Er sei allerdings an dem fraglichen Abend in der Nähe der Scheune gewesen und habe auch einen früheren Mitbediensteten namens Feih mit einer brennenden Zigarre in die Scheune gehen sehen. Feih erklärte aber, am 19. August gar nicht in Darup gewesen zu sein. Neue Momente für Kornells Schuld wurden allerdings auch nicht beigebracht. Die Geschworenen gaben dem Antrage des Verteidigers, den Kornell für nicht schuldig zu erklären, statt. Daraufhin lautete das Urteil auf Freisprechung unter Belastung der Staatskasse mit den Kosten des Verfahrens. Kornell war vom 21. August 1907 bis heute in Haft. — Die heutige Verhandlung richtete sich gegen die beiden Arbeiter Heinrich Bremershemke, genannt Westhagemann und Otto Rempe, beide aus Ennigerloh, welche der gemeinschaftlichen vorsätzlichen Tötung beschuldigt waren. Nach der Beweisaufnahme liegen der Anklage folgende Vorgänge zugrunde: Am Nachmittag des Allerheiligentages (am 1. November v. J.) hatten der 28jährige mehrfach vorbestrafte Heinrich Bremershemke — der in Ennigerloh in dem zweifelhaften Rufe eines Wilderers steht — und der 24jährige bisher unbescholtene Arbeiter Otto Rempe in der Umgegend von Ennigerloh gewildert, wofür sie, wie erinnerlich, in der vergangenen Woche von der hiesigen Strafkammer zu zwei Monaten Gefängnis bezw. 60 ℳ Geldstrafe verurteilt worden sind. Am Abend nach vollbrachtem Weidwerk suchten die beiden Angeklagten mehrere Wirtschaften auf, unterwegs gab Bremershemke noch verschiedene Schreckschüsse ab. So kamen sie nach 7 Uhr abends in das Wirtshaus von Schulte Vels an der Landstraße Neubeckum-Ennigerloh. In der Wirtschaft befanden sich auch einige Ungarn, die alsbald mit einigen Bekannten des Bremershemke in einen Wortwechsel gerieten, der auf der Straße in Tätlichkeiten ausartete. Als Bremershemke sah, daß seine Freunde (unter denen sich auch ein gewisser Philipp Schäffer befand) anscheinend nicht die Oberhand hatten, „bebte (nach seinen eigenen Worten) sein Herz vor Wut im Leibe". Er holte seine Flinte hervor, die er inzwischen hinter einem Leitungsmast versteckt hatte und gab schnell hintereinander zwei Schüsse auf die miteinander Ringenden ab. Darauf munterte er den Rempe mit den Worten „Böt men up" zum Schießen auf. Rempe gab denn auch einen Schuß ab. Der erste Schuß des B. hatte aber bereits den Arbeiter Philipp Schäffer, einen Freund des B., zu Boden gestreckt. Der Ermordete hatte die volle Schrotladung in den Unterleib erhalten, so daß Schäffer nach einigen Stunden an innerer Verblutung verstarb. Nach dem Gutachten des Kreisarztes Dr. Heyne-Oelde und des Dr. Gartemöller-Oelde war die Verletzung unter allen Umständen tödlich. Bereits gleich nach der Tat schien das böse Gewissen in Bremershemke zu erwachen. Denn als man ihm sagte, er möge den auf der Straße liegenden Schäffer mit nach Hause nehmen, wollte er nichts davon wissen, Schäffer würde später selbst nachkommen. Der Wahrspruch der Geschworenen lautete bezüglich Bremershemke auf „Schuldig" der fahrlässigen Tötung in Idealkonkurrenz mit Beteiligung an einer Schlägerei, bezüglich Rempe auf „Schuldig" der Beteiligung an einem Raufhandel. Der Gerichtshof erkannte nach zehnstündiger Verhandlung gegen Bremershemke auf drei Jahre Gefängnis und gegen Rempe auf ein Jahr Gefängnis, wie es der Staatsanwalt beantragt hatte. — Außer den von uns bereits mitgeteilten Straffachen stehen noch folgende zur Verhandlung: Am Freitag den 17. Januar gegen den Bauunternehmer Paul Salisch und dessen Ehefrau, beide aus Rheine, wegen Konkursverbrechens; am Samstag den 18. Januar gegen den Bauunternehmer Gerhard Herbort aus Wadersloh wegen Brandstiftung; am Montag den 20. Januar gegen den Postgehilfen Christian Gewaltig aus Lengerich wegen Verbrechens im Amte, sowie gegen einen gewissen Huckenbeck wegen Sittlichkeitsverbrechens.

★ **Münster,** 14. Jan. Infolge der anhaltenden strengen Kälte ist, was seit Jahren nicht mehr der Fall war, der Wersefluß mit einer Eisdecke überzogen, die für Ausflügler geradezu verlockend ist, hier auf der langen schönen Bahn dem Eissport zu huldigen. Bei der großen Gefahr, die mit dem Betreten dieses Eises verbunden ist, hat sich die zuständige Behörde veranlaßt gesehen, vor dem Betreten des zugefrorenen Flusses dringend zu warnen.

★ **Herford,** 12. Jan. Der städtische Armensekretär Beißert ist seit einiger Zeit flüchtig. In dem von ihm verwalteten Maurerkrankenkasse fehlen 3000 ℳ, die der Entflohene unterschlagen hat. Kurz vor Weihnachten erbat sich B. einen zweiwöchigen Urlaub, um angeblich eine auswärtige Erbschaft zu regulieren. Nach Ablauf dieser Frist erhielt seine Frau eine Mitteilung von ihm, daß er sich das Leben nehmen werde. Gleichzeitig denunzierte er verschiedene städtische Beamte in schmachvollster Weise. Nun hat sich nach sofort aufgenommenen Erkundigungen herausgestellt, daß B. sein Vorhaben nicht ausgeführt hat, sondern zurzeit in Braunschweig weilt.

★ **Recklinghausen,** 13. Jan. Daß vier Generationen einer Familie in Frische und Gesundheit leben, kommt heute nicht allzuoft vor. Die Familie Mallach hier konnte gestern ein darauf bezügliches frendiges Fest feiern, als der 76 Jahre alte, noch in voller Rüstigkeit lebende Rentner Mallach seinen kleinen Urenkel über die Taufe hob.

★ **Dortmund,** 11. Jan. Der 19jährige Rangierer Franz Lisiecki geriet auf dem Eisen- und Stahlwerk Hösch beim Zusammenkuppeln zwischen zwei Güterwagen und erhielt so schwere Quetschwunden, daß er dort bald darauf verstarb.

★ **Hagen,** 13. Jan. Die Voruntersuchung gegen den Lustmörder Hesse ist nun abgeschlossen und er wird sich bereits gegen Schluß der heute begonnenen Schwurgerichtsperiode wegen Lustmordes zu verantworten haben. Trotz der erdrückenden Beweise beharrt Hesse bei seinem sinnlosen Leugnen.

★ **Hagen,** 11. Jan. Westfälische Polizeihunde am russischen Hofe. Das Gelände in der Umgebung der kaiserlichen Besitzungen kann wegen des vielfach vorhandenen Unterholzes nicht von Menschen abgesucht werden. Die russische Regierung sandte darum im November vorigen Jahres einen höheren Polizeibeamten nach Deutschland, der sich mit der Abrichtung und Führung von Polizeihunden vertraut machen und von ihm selbst gesehene und geprüfte Hunde ankaufen sollte. Der Beamte hat dann auch unter Leitung des „Vereins zur Förderung der Zucht und Verwendung von Polizeihunden (V. H. V.), Sitz Hagen i. W.", in Hagen, Reheim, Lüdenscheid, Iserlohn, Wetter, Meiderich, Hamborn und Duisburg praktische Versuche mit vorgeführten Hunden gemacht und ist jetzt, wie die „Tägl. Rundschau" mitteilt, mit 6 Polizeihunden (2 deutschen Schäferhunden, 2 Doberman-Pintschern und 2 Airedale-Terriers) nach Rußland zurückgekehrt.

+ **Solingen,** 13. Jan. Der Solinger Waffenindustrie ist von der englischen Regierung ein bedeutender Auftrag erteilt worden. England will für die heimische Kavallerie und für die Kavallerie in den Tropen eine neue Waffe, ein Mittelding zwischen Hieb- und Stichwaffe, herstellen lassen, das ungefähr einem Rapier ähnlich ist. Die Klingen von diesen Waffen sollen in Solingen hergestellt werden.

★ **Köln,** 14. Jan. Für den diesjährigen Rosenmontagszug ist von der Durchführung einer einheitlichen Idee Abstand genommen worden. Er soll, laut „Köln. Volkszeitung", in erster Linie dem Humor gewidmet und der Bürgerschaft Anteil an der Gestaltung des Zuges eingeräumt werden.

★ **Aachen,** 13. Jan. Die Kriminalpolizei verhaftete gestern morgen hier den Mörder der Witwe Brandholz in Kiel, einen etwa 26jährigen Menschen namens Wenig, der sich als gewohnheitsmäßiger Logisdieb entpuppte und sich auf seinen Kreuz- und Querfahrten die verschiedensten Namen beilegte. Unter seinen Effekten wurde eine große Menge gestohlener Gegenstände gefunden. Kieler Kriminalbeamte nahmen den Verhafteten heute morgen im Empfang.

Vermischtes.

Berlin, 14. Jan. Der 25jährige Schneidemühlenbesitzer W. Rohrbeck ist mit seiner jungen Frau nach Amerika geflüchtet. Er hinterläßt eine Schuldenlast von etwa 159 000 ℳ. R. soll durch Streiks und Aussperrungen — er beschäftigte 20 Arbeiter — große Verluste erlitten haben.

Berlin, 11. Jan. Gestern fanden Gendarme in der Nähe von Mittenwalde in einem Graben einen Sack, in dem eine männliche Leiche eingenäht war. Dem Toten war der Schädel eingeschlagen. Der Ermordete war etwa 25 Jahre alt. Der Leiche waren beide Beine gebrochen worden.

(-) **Berlin,** 13. Jan. Der Sohn der Frau v. Gilbe, geschiedene Gräfin Moltke, Leutnant v. Kruse, hat seinen Abschied eingereicht und bewilligt erhalten.

Halle a. S., 12. Jan. Die Witwe Rein und ihre Schwester, die Witwe Becker in Altstädt, die vorgestern von ihrem heimkehrenden Sohne im verschlossenen Hause als verkohlte Leichen aufgefunden wurden, sind nach dem Ergebnis der Untersuchung das Opfer eines Raubmordes geworden. Der Mörder hat die Frauen erschlagen, die Leichen verbrannt und dann mit einer Beute von 1000 ℳ das Weite gesucht.

Osnabrück, 13. Jan. Ein Flügelgebäude der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt, in dem Frauen untergebracht waren, ist gestern abend teilweise abgebrannt. Kranke sind nicht zu Schaden gekommen.

Breslau, 11. Jan. Die hiesige Polizei beschlagnahmte in Bürkners Buchhandlung Moritz v. Schwinds Gemälde „Amor und Psyche" in guter Reproduktion, sowie eine Ansichtskarte aus Reznizecks „Badeserie".

Nossen, 11. Jan. Gestern abend brannte in dem benachbarten Dorfe Marbach das Wohnhaus eines Arbeiters völlig nieder. Drei Kinder, ein achtzehnjähriges Mädchen und zwei Knaben von sechs und vier Jahren, kamen in den Flammen um. Die Entstehungsursache des Feuers ist unbekannt.

Mannheim, 13. Jan. Der seit vorgestern verschwundene Geschäftsführer der Mannheimer Darlehnskasse, Meyer, wurde gestern von Spaziergängern im Neckarauerwalde tot aufgefunden. Mayer hatte seinem Leben durch Erschießen ein Ende gemacht.

(-) **München,** 13. Jan. Der Zirkusdirektor Niederhofer, der im Oktober vorigen Jahres wegen des von ihm an den Kaufmann Henschel begangenen Raubmordes im Zirkus Bavaria in München zum Tode verurteilt worden war, wurde zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt. Die Umwandelung der Strafe erfolgte, weil das Urteil sich nur auf einen, wenn auch geschlossenen Indizienbeweis stützt.

Marchiennes (Frankreich), 11. Jan. Die vier Söhne eines hiesigen Landwirts, welche während der Nacht im Schlafzimmer einen Ofen hatten brennen lassen, wurdee am anderen Morgen erstickt aufgefunden.

‡ **London,** 13. Jan. Der englische Dampfer Newton rettete auf offener See 7 Schiffbrüchige des gesunkenen Seglers Germanie, die seit 8 Tagen in einem Boote den Wellen preisgegeben und völlig erschöpft waren. Ein zweites Boot mit den 8 übrigen Mitgliedern der Besatzung des Seglers ist verschollen. Die Schiffbrüchigen haben 5 Tage und 5 Nächte ununterbrochen gearbeitet, um das Sinken des Schiffes zu verhüten, und dabei unbeschreibliche Qualen und Entbehrungen ausgestanden.

Kopenhagen, 14. Jan. Während eines Schneesturmes ist im Kattegat der Dreimastschoner Nordenskjöld aus Halmstad untergegangen. Die aus zehn Mann bestehende Besatzung ist wahrscheinlich ertrunken.

Barnsley (Grafschaft York), 11. Jan. Bei einer kinematographischen Vorstellung entstand hier auf noch nicht aufgeklärte Weise eine Panik, bei der 16 Kinder zu Tode gedrückt und eine große Anzahl mehr oder weniger schwer verletzt wurden.

‡ **Konstantinopel,** 13. Jan. Bis zum 31. Dezember sind in der Provinz Medjaz 2264 Personen an der Cholera gestorben.

Handelsteil.

Der erleichterte Geldmarkt.

Die Reichsbank setzte heute den Wechseldiskont auf 6½ Prozent, den Lombarddiskont auf 7½ Prozent herab. — Im Anschluß an diese Maßnahme der Reichsbank haben auch die Sächsische Bank, sowie die Bayerische Notenbank Wechsel- und Lombarddiskont um 1 Prozent ermäßigt.

* * *

* **Dortmund,** 13. Januar. **Städtischer Viehhof.** Zum heutigen Schlachtviehmarkte waren aufgetrieben: 1145 Stück Großvieh, 2624 Schweine, 474 Kälber, 130 Schafe. Bezahlt für 100 Pfund Schlachtgewicht Ochsen: 1. Qual. 76—80 Mk., 2. Qual. 72—75 Mk., 3. Qual. 66—71 Mk., 4. Qual. 58—65 Mk.; Bullen: 1. Qual. 67—70 Mk., 2. Qual. 64—69 Mk., 3. Qual. 62—66 Mk., 4. Qual. 58—61 Mk.; Rinder und Kühe: 1. Qual. 72—74 Mk., 2. Qual. 68—71 Mk. 3. Qual. 60—67 Mk., 4. Qual. 50—59 Mk.; Kälber: 1. Qual. 52—55 Mk., 2. Qual. 47—51 Mk., 3. Qual. 40—46 Mk.; Schafe: 1. Qual. 75—80 Mk., 2. Qual. 65—74 Mk., 3. Qual. 00—00 Mk.; Schweine: 1. Qual. 57—00 Mk., 2. Qual. 54—56 Mk., 3. Qual. 50—53 Mk. Tendenz: Großvieh langsam, sonst mittel Unverkauft blieben 134 Stück Großvieh, 00 Schweine.

* **Essen,** 13. Januar. (Viehmarkt.) Zum heutigen Schlachtviehmarkt waren aufgetrieben: 73 Ochsen, 662 Kühe und Kalben, 81 Bullen, 78 Schafe, 767 Kälber und 4715 Schweine. Preise für 50 Kilo Schlachtgewicht: Ochsen: 1. Qual. 82—00 2. Qual. 75—79, 3. Qual. 67—73, 4. Qual. 00—00 Mk. Rinder und Kühe: 1. Qual. 72—73, 2. Qual. 68 70—, 3. Qual. 60—65, 4. Qual. 00—00 Mk. Bullen 1. Qual. 78—80 2. Qual. 74—76 3. Qual. 66—70, 4. Qual. 58—64 Mk. Schafe: 1. Qual. 84—00, 2. Qual. 75—80 Mk., 3. Qual. 60—68 Mk. Kälber: 1. Qual. 74—78 Mk., 2. Qual. 56—7 Mk., 3. Qual. 48—57 Mk., 4. Qual. 36—45 Mk. Schweine: 1. Qual. 56—00 Mk. (ausgesuchte 52—58 Mk.), 2. Qual. 45—51 Mk., 3. Qual. 00—00. Tendenz: Großvieh. mittel Kleinvieh lebhaft.

* **Essen,** 13. Januar. Fruchtmarkt. (Nicht amtlich.) Weizen, inländ. 21,75—22,50 Mk., fremder 25,00 bis 26,00 Mk. Roggen, inländ. 20,00 bis 20,50 Mk., fremder 23,50 bis 24,00 Mk. Hafer, inländ. 18,00 bis 00,00 Mk., fremder 19,00 bis 21,00 Mk. Buchweizen 24,00 bis 00,00 Mk. Futtergerste 18,50 bis 17,00 Mk. Mais 16,00 bis 17,50 Mk. Weizenvorschuß 30,75 bis 32,00 Mk. Roggenvorschuß 30,50 bis 31,00 Mk. Weizenkleie 11,25 bis 00,— Mk. Alles per 100 Kg. frachtparität Essen ohne Sack bei Abnahme von Doppelladungen, mit Ausnahme von Kleie, die mit Sack gehandelt wird.

Die Meinung eines asthmakranken Arztes über Apotheker Reumeier's Asthma-Pulver nur Asthma-Zigarillos. Derselbe schreibt wörtlich:

„Ich kann nicht genug danken für die gefällige Sendung des Asthma-Pulvers, das gerade zu einer Zeit eintraf, als ich schwer an Asthma zu leiden hatte. **Die Wirkung war eine Vorzügliche.**"

Dr. Kirschner, Arzt, Polzin, Pommern.

Erhältlich in den Apotheken, die Dose Pulver Mk. 1,50 oder den Carton Cigarillos Mk. 1,50. Apotheker Reumeier, Frankfurt a. Main.

Best.: Mix. Brachyclados Kraut ää, Sobel. Kraut 5, Salpeter. Kalk ää, Salpetrig. Natr. 5, Jodk 5, Rohrzucker 15 Teile

Agentur der Lüdinghauser Bank

Zweiganstalt der Westfälischen Bankkommandite Ohm, Hernekamp & Co., Kom.-Ges. auf Aktien

Joseph Künneke, Dülmen, Bahnhofstrasse.

Vermittelung aller bankgeschäftlichen Angelegenheiten.

Annahme von **Spargeldern**

bei täglicher Kündigung — Verzinsung 4½%
„ ¼jährlicher „ „ 4¾%
„ ½ „ „ „ 5%
„ längerer „ „ nach Vereinbarung.

Annahme von Geldern auf **provisionsfreies Checkkonto**

Verzinsung z. Zt. 4¼ %

Die Verzinsung der Einlagen erfolgt vom Tage der Einzahlung bis zum Abhebungstage.

Zeichnungen und Kostenanschläge
für
prakt. Geschäftshäuser, Fabrik- u. Kanalisationsanlagen
fertigt schnellstens an

A. Fischer, Münster.
Architekturbureau und Baugeschäft.
Augustastrasse 24a. Telephon Nr. 201.

Deutsche Weingesellschaft

Duhr & Co., Köln a. Rh.
Rheinberg 1-5. Reichsbank-Giro-Conto.

Kaiserl. u. Königl. Hoflieferanten.
Preisgekr. m. 55 Staats- u. gold. Medaillen.

Rhein-, Mosel-, Ahr-Weine
sowie Bordeaux-, Burgunder-, Medicinal- und Dessert-Weine: Sherry, Madeira, Samos, Portwein Malaga, Tokayer etc.
Arrac, Rum, Punsche.
Cognacs, Champagner
bessere deutsche und französische.

Erste Bezugsquelle für alle in- und ausländ. Weine.
Duhr's Reconvalescenten-Wein Originalfl. Mk. 1.10.
Weitere Niederlagen werden errichtet. Vorrätig zu Original-Preisen bei:
Carl Havixbeck, Dülmen.



Neu! Neu!

Mannesmannlicht

54% Gaserparnis.

Ferner empfehle **Petroleum - Glühlicht - Brenner,**
intensives Licht und wenig Petroleumverbrauch.

Wilh. Bock, Installations-Geschäft, Dülmen, Bergstr.

Einladung
zur Stadtverordneten-Versammlung

am Freitag, den 17. ds. Mts. nachmittags 5½ Uhr

Tagesordnung:

1. Wahl des Stadtverordnetenvorstehers, dessen Stellvertreters, des Schriftführers und dessen Stellvertreters;
2. Mitteilung des Schreibens des prakt. Arztes Dr. med. Schwarz betr. Niederlegung seines Stadtverordneten-Mandats;
3. Gesuche städt. Beamten um Gehaltserhöhung (Fortsetzung von Punkt 7 der letzten Sitzung);
4. Bericht der Rechnungsrevisoren über die Prüfung der Armenfonds- und Schulfonds- und Gas- und Wasserwerks-Rechnungen pro 1906/07.

Dülmen, den 13. Januar 1908.

Der stellv. Stadtverordneten-Vorsteher:
C. Holthöver.

In unser Genossenschaftsregister ist bei der unter Nr. 6 eingetragenen **Molkereigenossenschaft „Dülmen", e. G. m. u. H.,** in Dülmen vermerkt:

Der Landwirt **Bernard Schulze Berning zu Börnste** und der Gutspächter **August Vasmer zu Weddern** sind aus dem Vorstande ausgeschieden und an ihre Stelle die Landwirte **Anton Jäger zu Merfeld** und **August Weiling zu Börnste** getreten, Jäger als stellvertretender Vorsitzender.

Dülmen, den 7. Januar 1908.

Königliches Amtsgericht.



Inserieren Sie
in der
Dülmener Zeitung

Stellen-Gesuche
Stellen-Angebote
Miet-Gesuche
Vermietungen
Verkäufe
Kauf-Gesuche
Geld-Gesuche
Geld-Offerten
Gefunden
Verloren
Verlobungen
Vermählungen
Geburts-Anzeigen
Todes-Anzeigen
Nachrufe
Danksagungen
Heirats-Gesuche
Unterrichts-Anzeigen
Auktionen
Geschäfts-Verlegungen
Geschäfts-Uebernahmen
Firmen-Aenderungen
Ausverkäufe
usw. usw.

Sie erreichen
Ihren Zweck
sicher und schnell.



Brillanten

blendend schönen **Teint,** weiße, sammetweiche **Haut,** ein zartes, reines **Gesicht** und rosiges, jugendfrisches **Aussehen** erhält man bei tägl. Gebrauch d. echten

Steckenpf.-Lilienmilch-Seife
v. **Bergmann & Co., Radebeul**
mit Schutzmarke: **Steckenpferd.**
à Stück 50 Pfg.
in **Dülmen:** Hackebramsche Apoth.
in **Haltern:** Apotheker Meyer.
in **Billerbeck:** Felix Bürger.

Mein am Kreuzweg belegenes

Wohnhaus,

welches z. Zt. Herr **Verbündt** bewohnt, ist zum 1. Juli geteilt oder im ganzen zu vermieten.

Dülmen, 10. Januar 1908.

J. H. Mosem.

Bekanntmachung.

Auf Grund der §§ 62 Nr. 2 und 66 Nr. 6 der Deutschen Wehr-Ordnung wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß alle Militärpflichtigen des Kreises Coesfeld, welche nicht von der Genellung zur Musterung entbunden sind oder bis jetzt keine endgültige Entscheidung über ihr Militär-Verhältnis erhielten, in den Tagen vom 7. bis inkl. 14. Februar 1908 sich zur Musterung vor die Ersatzkommission zu gestellen haben und zwar die Militärpflichtigen **der Stadt Dülmen**

am 7. Februar 1908 morgens 8 Uhr

im Lokale des Wirtes Franz Sternemann in Dülmen Münsterstraße, daß ferner die **Losung** für die Mannschaften der jüngsten Altersklasse (der 1888 Geborenen) in Coesfeld (Landratsamt) am 15. Februar 1908, vorm. 8,30 Uhr beginnt, bei der zu erscheinen jedem Militärpflichtigen freigestellt ist. Für die im Termine nicht erscheinenden Losungsberechtigten wird von einem Mitgliede der Ersatzkommission das Loos gezogen werden.

Das diesjährige Zurückstellungs-Verfahren (Klassifikation) der Kriegs-Reservisten, Wehrmänner, Ersatz-Reservisten, sowie der ausgebildeten Landsturmpflichtigen des zweiten Aufgebots für eine Mobilmachung der Armee wird für die vorgenannten Stadt und Amtsbezirke an den betreffenden Musterungstagen und zwar gleich nach beendeter Musterung der Militärpflichtigen gegen 9½ Uhr Vormittags vorgenommen werden

Coesfeld, den 18. Dezember 1907.

Der Landrat: Frhr. v. Fürstenberg.

Vorstehende Bekanntmachung bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntnis.

Dülmen, den 13. Januar 1908.

Der Bürgermeister: Lehbrink.

Bekanntmachung
betreffend Reklamationen Militärpflichtiger.

Anträge Militärpflichtiger auf Zurückstellung bezw. Befreiung vom Militärdienst können nur dann Berücksichtigung finden, wenn sie vor dem Musterungsgeschäft oder bei Gelegenheit desselben angebracht werden. Spätere Reklamationen können nur darauf gestützt werden, daß die Veranlassung zu denselben erst nach der Musterung entstanden ist

Die bezüglichen Anträge für das diesjährige Musterungsgeschäft sind am

Dienstag, den 21. Januar 1908,

Vormittags während der Dienststunden bei dem Unterzeichneten anzubringen Steuerzettel, Pachtbücher, Zinsenquittungen und sonstige Dokumente, welche zum Nachweise von Schulden und Lasten dienen, sind mitzubringen.

Reklamationen aus früheren Jahren müssen erneuert werden.

Dülmen, den 13 Januar 1908.

Der Bürgermeister: Lehbrink.

PIANOS

u. Flügel in altbewährter Güte. IBACH-PIANOLA-PIANOS d. h. IBACH Pianinos mit **eingebautem** Klavierspielapparat, Pianolas mit Themodist und Metrostyle, sowie Harmoniums, empfiehlt in reicher Auswahl zu bequemen Bedingungen

Rud. IBACH Sohn
Kais. u. Königl. Hof-Flügel- u. Pianino-Fabrik, gegr. 1794
Barmen,
Neuerweg 40.

Bei Kauf, Miete, Umtausch, Reparatur oder Stimmung wende man sich an die mehr als hundertjährige Erfahrung des durch vier Generationen bestehenden Hauses

IBACH.

Pianinos

neue u. gebrauchte, kauf- u. mietweise am vorteilhaftesten b.

Bernh. Tormann, Münster i. W.
Martinistr. 4 : Prinzipalmarkt 41.

Bekanntmachung.

Das diesjährige Zurückstellungsverfahren (Klassifikation) der Kriegsreservisten, Wehrmänner, und Ersatzreservisten, sowie der ausgebildeten Landsturmpflichtigen zweiten Aufgebots für den Fall einer Mobilmachung der Armee findet auch in diesem Jahre nach beendigter Musterung der Militärpflichtigen (am 7 Februar cr.) statt. Diejenigen, welche hinsichtlich ihrer häuslichen Verhältnisse auf Berücksichtigung Anspruch zu haben glauben, werden aufgefordert, ihre Reklamationen bis zum 30. Januar cr. spätestens bei mir anzubringen. Spätere Anmeldungen können für dieses Jahr nicht mehr berücksichtigt werden. Die schon früher Zurückgestellten haben ihre Gesuche zu erneuern.

Dülmen, den 13. Januar 1908.

Der Bürgermeister:
Lehbrink.

Mädchen

von 17—18 Jahren für alle häuslichen Arbeiten nach **Münster** gesucht.

Wo zu erfragen bei **Wwe. Reinermann,** Seiler, **Dülmen,** Schloßstr. 3/5.

Per sofort oder bald 17—20jähr **Mädchen** in klein., ruhigen Haushalt gesucht.
Frau Willy Temme, Elberfeld
Rosenstraße 12.

Reelles Heiratsgesuch.

Ein Witwer, kathol., ohne Kinder, wohnhaft in einem Dorfe, sucht eine passende Lebensgefährtin von ungefähr 35—40 Jahren.

Offerten unter **H. G. 22** an die Expedition ds. Blattes erbeten.

Freitag frische

Schellfische

billig!

F. Fölling.

Taxatoren, Restaurateure,

überhaupt Personen, die viel im direkten Verkehr mit dem Publikum stehen, können durch Uebernahme einer

Vertretung

renom. coulanter Versicherungs-Gesellschaft der **Unfall- und Haftpflicht-Branchen** sich einen leichten, dauernden

Nebenverdienst

verschaffen. Hohe Provision. Beamtenunterstützung jederzeit. Offerten unter **M. F. 228** an das **Zentral-Zeitungs-Bureau, Münster i. W.**

Rheumatis-

u. Gicht-Leidenden

teile ich aus Dankbarkeit **umsonst** mit, was meiner Mutter von **jahrelangen, qualvollen Gichtleiden** geholfen hat.

Maria Grünauer,
München, Pilgersheimerstr. 2/II.

Zum 1. April oder 1. Juni wird eine

Lehrköchin

gesucht ohne gegenseitige Vergütung.

Wilhelm Schwenken,
Coesfeld, Kaiser-Halle.

Suche zu März oder April ein braves, kathol.

Dienstmädchen

für Küche und Haushalt gegen hohen Lohn.

Von wem, zu erfahren in der Exped. ds. Blattes.

Braves kathol. Mädchen

nicht unt. 17 Jahren f. leichte Hausarb. ges. Angeb. mit Lohnanspr. zu senden an Frau Brinkmann, Köln a. Rh. Gilbachstr. 26.

Ich suche zu März ein besseres

Alleinmädchen

für meinen kleinen Haushalt. Hoher Lohn.

Frau Landrichter Kadgien,
Elberfeld, Auguststraße 74, II.

Ausverkauf

in Mützen zu 20, 30 und 50 Pfg. Herren- und Knaben-Wintermützen zu 50—100 Pfg.

H. Havestadt.

Habe mein Geschäft nach

Lüdinghauserstr. 40

(Sieverts Filiale)

verlegt.

Berta Froning,
Putz u. Modewaren.

Suche für meine Bäckerei und Konditorei mit Dampfofen und Motorbetrieb einen ordentlichen

Gehülfen.

Lohn 10 bis 12 Mark.
Wilhelm Killing,
Hagen i. W., Langestraße 125.

Suche für mein Futter- und Kartoffel-Engrosgeschäft zum 1. oder 15 Februar einen tüchtigen, soliden

Fuhrmann,

am liebsten verheiratet, bei hohem Lohn und dauernder Stellung.

Carl Niederdräing,
Caternberg,.

Tüchtiger

Fuhrmann

für dauernde Beschäftigung gesucht.
Knorr & Co.,
Baugeschäft in Derne.

Suche zu Ostern einen braven, katholischen

Jungen,

welcher Lust hat, die **Kürschnerei, Mützen- und Schirmmacherei** zu erlernen, unter günstigen Bedingungen.

G. Roling, Warendorf.

Selbständiges

Mädchen

gesucht, welches auch zeitweise in der Wirtschaft tätig sein muß.

Restaurant Lindenhof,
Schonnebeck

Mädchen

bei hohem Lohn zum 1. Februar gesucht.
Frau Hermann v. d. Heydt,
Dortmund, Hermannstr. 8.

Zum 1. Februar suche ein in Küche und Hausarbeit erfahrenes, evangel.

Mädchen,

sowie ein

Zweitmädchen,

beide nicht unter 18 Jahre alt. Dieselben müssen bei besseren Herrschaften mit Zufriedenheit gedient haben.

Frau Apotheker Landmann,
Düsseldorf, Pionierstraße 48.

Für mein Manufakturgeschäft suche ich eine tüchtige, katholische

Verkäuferin

per 1. April. Offerten mit Zeugnissen, Photographie und Gehaltsanspruch bei freier Station im Hause erbeten.
G. Goertz, Kaldenkirchen, (Rhld.)

Krankheitshalber des jetzigen suche zum 1. Februar ein braves

Mädchen

gegen hohen Lohn. Gute Zeugnisse erforderlich. Sehr gute Behandlung zugesichert.

Frau Direktor Becker,
Mülheim-Ruhr-Styrum.

Junge Mädchen

zur weiteren Ausbildung sucht
Frau Wilhelm Knapp,
Damen-Konfektion,
Soest i. W., Petristraße 5.

Für bald suche ich ein br. kath.

Mädchen

gegen hohen Lohn.

M. Hock, Münster,
Gruetgasse 1/2.

Nr. 7. 35. Jahrgang.

Dülmener Zeitung.

Dülmener Anzeiger — Dülmen-Halterner Volkszeitung

mit der Sonntags-Beilage Liboriusblatt.

Donnerstag, 16. Januar 1908.

Bezugspreis: Durch die Boten zugestellt 1.20 Mk. vierteljährlich, von der Expedition abgeholt 1 Mk.

Anzeigen werden mit 15 Pfg. für die einfache Petitzeile oder deren Raum berechnet. Bei Wiederholungen und größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

Reklamen kosten in Textspaltenbreite 50 Pfg. die Zeile.

Beilagegebühr: 5 Mk. das Tausend.

Anzeigen-Annahme bis Montag, Mittwoch und Freitag mittag für die jeweils fällige Nummer.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstags, Donnerstags und Samstags.

Expedition: J. Horstmann'sche Buchhdlg. Marktstraße 11. — Fernruf 29.

Verlag der Dülmener Zeitung, G. m. b. H., Dülmen.

Druck von Breer & Thiemann, Hamm.

Verantwortlicher Redakteur: für den lokalen Teil, Anzeigen u. Reklamen B. Horstmann in Dülmen; für Politik, Feuilleton und Allgemeines A. Gockel in Hamm.

Zweites Blatt.

Deutscher Reichstag.

78. Sitzung vom 13. Januar 1908.

Der **Vertrag mit Belgien und Italien** betr. das Urheberrecht an Werken der Literatur und Kunst und Photographien wird ohne Debatte in 1. und 2. Beratung angenommen. — Fortsetzung der ersten Beratung über die

Dienstbehinderung von Handlungsgehilfen.

Abg. **Singer** (Soz.) ist in Übereinstimmung mit dem Zentrum, den Konservativen und Nationalliberalen gegen die vorgesehene Bestimmung, wonach den Handlungsgehilfen die Leistungen der Krankenkasse auf das Gehalt angerechnet werden sollen.

Staatssekretär **Dr. Nieberding:** Eine große Reihe von Handelskammern, von Gewerbekammern und von angesehenen kaufmännischen Korporationen haben sich im Sinne unserer Vorlage ausgesprochen. Es wird sich in der Kommission Gelegenheit bieten, das schon angedeutete Tatsachenmaterial noch weiter zu vertiefen.

Abg. **Karsten** (fr. Vp.): Der größere Teil meiner Freunde erblickt in der Vorlage einen sozialen Fortschritt, eine Minderheit dagegen schließt sich den Wünschen der Vorredner an.

Abg. **Varenhorst** (Rp.): Der Entwurf ist gegenüber dem jetzigen Zustand eine Verschlechterung. Eine solche können wir nicht mitmachen; meine Partei lehnt die Anrechnung der Leistungen der Krankenkasse ab.

Abg. **Schack** (Wirtsch. Vgg.): Den Gutachten der Handels- und Gewerbekammern, die der Staatssekretär für die Vorlage ins Feld geführt hat, kann ich eine mindestens ebenso große Anzahl entgegenstellen, die sich im gegenteiligen Sinne ausgesprochen haben. Übrigens beweisen die Gutachten, auf die der Staatssekretär sich berufen hat, gar nichts. Wenn die Mitglieder solcher Korporationen gefragt werden, ob sie damit einverstanden seien, daß ihnen eine Last abgenommen werde, so würden sie selbstverständlich mit Ja antworten. — Die Vorlage wird **einer Kommission** überwiesen.

Erste Beratung des Gesetzentwurfs betr. Abänderung des Gesetzes über

die Bekämpfung der Viehseuchen.

Der § 3 des jetzigen Gesetzes hat eine bedeutsame Erweiterung dadurch erfahren, daß die selbständige Stellung der Militärverwaltung gegenüber den Zivilveterinären noch freier ausgestaltet ist. Das in § 6 auf erkrankte lebende Tiere beschränkte Einfuhrverbot soll auf verdächtige Tiere, seuchenverdächtige Kadaver und auf sonstige Träger von Ansteckungsstoffen ausgedehnt werden. Die Liste der Anzeigepflicht soll ergänzt, der Kreis der zur Anzeige verpflichteten Personen erweitert, dagegen die Erfüllung der Anzeigepflicht erleichtert werden. Die Überwachungsbefugnisse werden nach verschiedener Richtung hin ausgedehnt.

Abg. Freiherr **von Pfetten** (Ztr.): Gegenüber dem jetzigen Zustand bringt die Vorlage recht wesentliche und erhebliche Verschärfungen nach den verschiedensten Richtungen hin. Diese Verschärfungen werden für die Beteiligten, und das sind nicht bloß die Tierhalter, sondern auch die Viehhändler, sehr weitgehende Belästigungen und Unannehmlichkeiten zur Folge haben. Der Landwirt muß damit rechnen, daß er auf Grund dieser Vorlage einer Reihe sehr lästiger Plackereien und Polizeimaßregeln ausgesetzt sein wird. Sehr erheblich werden auch die Schutzmaßregeln gegen eine weitere Verschleppung von Krankheiten verschärft. In der Kommission wird jedenfalls genau zu prüfen sein, ob die vorgeschlagenen Schutzmaßregeln in vollem Umfange annehmbar sind. Die Entschädigungsfrage muß jedenfalls liberal geregelt werden, schon im Hinblick auf die außerordentliche Verschärfung der Strafbestimmungen. Redner beantragt, die Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern zu verweisen. (Beifall.)

Abg. **Siebenbürger** (kons.): Die bisherigen Maßnahmen haben sich nicht als ausreichend erwiesen; die Vorlage ist daher zu begrüßen. Wir stehen voll und ganz auf ihrem Boden, wenn wir auch in der Kommission einzelne Abänderungen beantragen werden.

Abg. **Lehmann** (ntl.) steht der Vorlage sympathisch gegenüber.

Hierauf wird ein Antrag auf Vertagung angenommen.

Dienstag 1 Uhr: Interpellation Kanitz betr. den hohen Bankdiskont.

Schluß 6 Uhr.

* * *

79. Sitzung vom 14. Januar.

Interpellation über den Reichsbankdiskont.

Nachdem **v. Bethmann-Hollweg** sich bereit erklärte, sie zu beantworten, begründet

Graf **Kanitz** (kons.) die Interpellation: Die Interpellation ist schon am 22. Nov. eingereicht; gestern ist nun der **Diskont der Reichsbank herabgesetzt.** (Hört, hört! rechts.) Der Zeitpunkt der Beantwortung ist gut gewählt (Heiterkeit); aber trotzdem ist unsere Interpellation nicht gegenstandslos, denn der Geldmarkt ist noch immer gespannt und ein Diskont von 6½ Prozent steht weit über dem Durchschnitt der letzten Jahre. Ich anerkenne, daß der **Wechsel im Reichsbankdirektorium** ein Grund war, die Beantwortung der Interpellation hinauszuschieben. Dem scheidenden Präsidenten will ich meine Anerkennung widmen; er hat mit ungewöhnlicher Arbeitskraft und Verständnis das ihm anvertraute Institut geleitet, daß es seiner Aufgabe voll gerecht wurde; dies Verdienst bleibt unvergeßlich. (Beifall.) Beim Bankdiskont interessiert uns weniger die Höhe, als die begleitendenUmstände; es handelt sich um eine **internationale Geldknappheit,** die eine Besserung fraglich erscheinen läßt und einen Rückschlag in der Industrie bewirkt hat. Die Hemmung der Bautätigkeit, die eingetreten ist, schädigt wiederum die Eisenindustrie, wo Arbeiterentlassungen vorgenommen werden müssen. Nur der **Kohlenbergbau** ist in günstiger Situation; unbekümmert um die bestehende Verstimmung **erhöht er die Preise.** (Hört, hört!) Auf dem Geldmarkt stehen die Staats- und Reichsanleihen so tief wie nie; wir gehen bei neuen Anleihen großen Verlusten entgegen. Der Umsatzstempel hat nicht geholfen; man sollte ihn abschaffen. Auch die Industriepapiere und die landwirtschaftlichen Pfandbriefe sind schwer zurückgegangen; die Lage des Hypothekenmarktes ist traurig. Letzterer hat eine Steigerung der Mieten und eine Vermehrung der Zwangsversteigerungen zur Folge. Von **Amerika** ging der Stoß, der unsern Geldmarkt erschütterte, aus; unsere Handelsbilanz gegenüber Amerika ist ebenso ungünstig wie die Zahlungsbilanz; dabei ist unser Schuldkonto gegenüber Amerika noch bedeutend mehr belastet worden durch das Erdbeben in St. Franzisko. Frankreich hat seine Verhältnisse zu Amerika besser vertragsmäßig geregelt; seine Lage ist daher günstiger. Frankreich ist von der Krise gar nicht berührt worden, sein Diskont ist über 4 Prozent nicht hinausgegangen. Ob es ein Unglück wäre, dem **Silber** neben dem **Golde** eine entscheidende Rolle zu gewähren, lasse ich dahingestellt sein. Aber es war **keine segensreiche Tat,** als wir vor 34 Jahren zur **Goldwährung** übergingen. Hätte der damalige leitende Staatsmann die **Konsequenzen** vorhergesehen, so hätten wir die Goldwährung **nicht** bekommen. (Beifall.) Auch heute kann der Goldbedarf gefährliche Formen annehmen. Um eine solche Krisis zu mildern und die eReichsbank in die Lage zu versetzen, daß sie die Schraube des Reichsbankdiskonts nicht noch mehr anzuziehen braucht, sollen wir ihr die Befugnisse geben, ihre Zahlungen in größerem Maße als bisher in Silber zu leisten. Heute kann nur ein Betrag bis zu 20 ℳ in Silber gezahlt werden. Die Einziehung der Taler war eine bedauerliche Maßregel. Man sollte insofern Ersatz schaffen, daß man an eine **Vermehrung der Reichssilbermünzen** herangeht. Ich würde einen Satz von 25 ℳ auf den Kopf der Bevölkerung nicht für zu hoch halten. Wir müssen um unser Volk eine silberne Wand errichten, diese gewährt einen besseren Schutz, als eine papierne Wand. Daher richte ich an Sie die Bitte, stimmen Sie meinen Vorschlägen zu. (Lebhafte Bravos.)

Staatssekretär **v. Bethmann-Hollweg:** Ich habe bereits bei der ersten Beratung die Schwierigkeit unseres Geldmarktes erörtert. Wenn gestern der Bankdiskont herabgesetzt worden ist, so war das möglich, weil die andauernde Anspannung des Status der Reichsbank in den ersten sieben Tagen dieses Monats merklich nachgelassen hat. Daß dieses Moment erst gestern eintrat, hat niemand voraussehen können. (Heiterkeit.) Die Annahme, als habe der Reichskanzler auf den Eintritt dieses Verhältnisses spekulierend, gebeten, die Interpellation erst heute zu beantworten, ist irrtümlich. Ich danke dem Abg. Grafen Kanitz für die warmen Worte, die er dem Abg. Reichsbankdirektor Dr. Koch gewidmet hat. **Das Festhalten an den Grundpfeilern unserer Münz- und Bankverfassung hindert nicht,** in eine Erörterung darüber einzutreten, ob bei völliger Aufrechterhaltung unserer Goldwährung etwa nach der einen oder anderen Richtung hin **bessernde Maßnahmen** ergriffen werden können. Zu einer Erörterung dieser Frage soll die **Vernehmung von Sachverständigen** Gelegenheit bieten. Eine **Novelle zum Münzgesetz,** die dem Bundesrat demnächst zugehen wird, um sie eventuell noch im Laufe dieser Session zu verabschieden, ist bereits vorbereitet. Sie wird die Ermächtigung zu einem gesteigerten Bedürfnis nach Vermehrung der Silbermünzen enthalten. Die Verabschiedung des dem Reichstage bereits zugegangenen Entwurfs zu einem Scheckgesetz wird Gelegenheit geben, dem Ankauf inländischer Schecks durch die Reichsbank näher zu treten. Ich hebe noch hervor, daß die Durchführung des Planes, die Fundamente unseres Münz- und Bankverfahrens nicht nur erhalten, sondern auch stärken wird, und daß sie zur weiteren Entwicklung unseres Wirtschaftslebens beitragen wird. (Lebhafter Beifall.)

Auf Antrag **Normann** (kons.) wird in die Besprechung der Interpellation eingetreten.

Abg. **Weber** (natl.) führt aus, daß die **Währung keinen Einfluß auf die Höhe des Bankdiskonts habe,** wie man an den Vorgängen in Frankreich und der Schweiz sehen könne. Die Befürchtung, daß die Goldproduktion nicht ausreichend sei, sei unberechtigt. In 40 Jahren habe sie sich verdoppelt.

Präsident der Reichsbank **Havenstein:** Wenn man der Geldverteuerung abhelfen will, muß man sich über die Gründe derselben klar werden. Ich kann meiner Befriedigung Ausdruck geben, daß die Debatte so vernünftig abgegrenzt worden ist. Ich bin der Überzeugung, daß die **Frage der Goldwährung ausscheiden kann.** Redner erörtert die Gründe der Geldteuerung, bleibt aber auf der Tribüne, da er leise spricht, nur bruchstückweise verständlich.

Abg. **Kämpf** (freis. Vp.): So sehr sich die Interpellanten dagegen verwahren, daß sie es mit die Interpellation auf den **Bimetallismus** abgesehen hätten, haben sie sich doch als Vertreter des Bimetallismus hier aufgespielt. Es freut mich, daß der Minister des Innern und der Präsident der Reichsbank gesonnen sind, die Goldwährung aufrecht zu erhalten. Der niedrige Kurs unserer Anleihen ist ja bedauerlich, aber wir brauchen uns dessen nicht zu schämen. **Der Kurs** ist nichts anderes als der **Ausdruck unserer ganzen Wirtschaftssituation.** Eine Vermehrung unserer Prägung würde das Verkehrteste sein, was sich denken läßt.

Abg. **Gamp** (freikons.): Von der **Einführung des Freihandels** ist eine Gesundung unserer Verhältnisse **nicht** zu erwarten. Durch die Errichtung hoher Zollschranken wird unser Geld gegenüber dem Auslande nicht vermindert.

Hierauf wird die Weiterberatung auf morgen 1 Uhr vertagt. **Interpellation der Polen** betr. **die preußische Polenpolitik,** und Interpellation **Behrens** (wirtsch. Vgg.), **Giesberts** und **Wiedeberg** (Ztr.) und **Albrecht** (Soz.) betr. das **Knappschaftswesen.**

Schluß nach 6 Uhr.

× Das Schicksal Keims

scheint nach der Erklärung der „Nordd. Allg. Ztg.", daß der **Kaiser** und **Prinz Heinrich** auf der Seite des Prinzen Rupprecht stehen, besiegelt zu sein. Dieser Ansicht ist auch die **„Köln. Zeitung"**, die sich offiziös schreiben läßt: „Durch die Erklärung der „Nordd. Allg. Ztg." über die vom Kaiser gebilligte **Stellungnahme des Prinzen Heinrich** zur Krisis im Flottenverein wird die Lage noch um vieles verschärft, und es ist **kaum anzunehmen,** daß sich in **Kassel eine Mehrheit** finden wird, die auch jetzt noch den Standpunkt einnehmen könnte, daß die Leitung des Flottenvereins bezw. der General Keim es nur mit einer individuellen Opposition in **Bayern** zu tun habe. Die Lage ist heute einfach so, daß **entweder der General Keim zurücktritt oder daß der Flottenverein gesprengt wird.** Diese Entwickelung war mit voller Bestimmtheit vorauszusehen, als die Austrittserklärung des Prinzen Rupprecht von Bayern erfolgte, und es wäre am **richtigsten** gewesen, wenn General **Keim schon damals diejenigen Folgerungen gezogen hätte,** die sich aus der ganzen Sachlage und aus den Interessen des Flottenvereins ergaben."

* * *

Von verschiedenen Seiten, besonders in Blättern vom Schlage der **Rheinisch-Westfälischen Zeitung,** die bedingungslos für ihren Keim durchs Feuer gehen, wird heute noch immer die Behauptung kolportiert, der „Bayerische Flottenverein" habe sich zu seiner Stellungnahme durch **Beeinflussung aus dem Zentrum heraus** leiten lassen. Dieser schon oft widerlegten unwahren Behauptung tritt jetzt das Präsidium des bayerischen Flottenvereins, **v. Spieß, von Würzburg, von Braun** in einer **Erklärung** entgegen, die lautet: „Der Bayerische Landesverband des Deutschen Flottenvereins ist niemals zu einer politischen Partei, also auch **nicht zur Zentrumspartei in einem Abhängigkeitsverhältnisse gestanden. Die Zentrumspartei hat niemals den leisesten Versuch gemacht,** auf den Bayerischen Landesausschuß oder einzelne Mitglieder desselben einen Einfluß auszuüben." — Das ist klar; möge sich die „nationale" Presse das endlich merken und wahrhaftiger werden.

* * *

Der Großherzog von Oldenburg

hat, wie jetzt bekannt wird, am 30. Dezember 1907 ein Schreiben an den Ehrenpräsidenten des Deutschen Flottenvereins, den Fürsten zu **Salm-Horstmar,** gerichtet, in dem er betont, daß er vor 8 Jahren bei der Gründung des Oldenburgischen Verbandes des Deutschen Flottenvereins mitgewirkt habe in der Voraussetzung, **daß sich der Verein von jeder politischen Tendenz freihalte.** Auf diesem Standpunkte stehe er noch heute und sei der Ansicht, daß der Flottenverein seiner rein vaterländischen, werbenden Aufgabe entfremdet wird, wenn seine Leitung **von Männern** ausgeht, die wie der **General Keim** in den Kampf der politischen Parteien eingetreten sind, und es unternehmen, ihre Ansichten von dem, was der Kaiserlichen Marine nottut, der Reichsregierung in agitatorischer Weise aufzunötigen. Zum Schlusse heißt es: „So gern ich die mancherlei Vorzüge des Generals **Keim** anerkenne, so halte ich ihn aus den obigen Gründen **nicht für geeignet, als Geschäfts-**

○ Der Smaragd von Jabalpur.

Detektiv-Roman, frei nach dem Englischen von K. v. Raesfeld.

(7. **Fortsetzung.**) —— (Nachdruck verb.)

Die Zeitung sank Waterman aus den bebenden Fingern; er rang krampfhaft nach Luft. Das war zuviel auf einmal. Sein Wohltäter, sein vor 26 Jahren einmal gesehener, seit langen Jahren schmerzlich gesuchter Freund war endlich entdeckt — gräßlich ermordet —, und Frank Clifton stand unter der Anklage dieses schauderhaften Verbrechens! Vor noch vier Tagen hatten sie Clifton ja erst Lebewohl gesagt, und er war ja doch abgereist, ganz zweifellos nach London. Und nun war er wieder in Southampton, und — —!

Doch wenn diese furchtbare Kunde auf Lloyd D. Waterman schon niederschmetternd gewirkt hatte, auf seine Tochter wirkte sie noch ganz anders. Sie brach in heftigste Beteuerungen aus, daß Clifton unschuldig sei, sein müsse, bestand darauf, sofort mit dem Vater nach Southampton zu reisen, sie seien verpflichtet, zu seiner Verteidigung und Entlastung alle Hebel in Bewegung zu setzen; und wurde dann, im Begriffe, sich hastig zur Reise anzukleiden, Papa Waterman vor den Augen ohnmächtig. Das Ende vom Liede war, daß sie den Zug um 10¼ Uhr verfehlten und erst um Zwölf abreisen konnten. Immerhin noch ein glücklicher Umstand, denn noch vor Abfahrt des Zuges kamen die neuesten Mittagsblätter mit weiteren fettgedruckten Einzelheiten über die Tragödie in Southampton: Papa Waterman kaufte sie schockweise und stieß dann alsbald auf die Nachricht, daß Frank Clifton wieder auf freien Fuß gesetzt sei und die Recherchen sich in anderer Richtung bewegten. Die Wirkung dieser neuen Kunde auf Florence war — wenngleich schließlich beruhigend — anfangs derart, daß Lloyd D. Waterman sein Töchterchen allgemach für eine sehr exzentrische junge Dame zu halten begann.

—o—

12. Kapitel.

Bis aber der Zug in Southampton einlief, war Fräulein Florence wieder so ruhig und selbstbewußt, wie je, und als ihr Vater nun die Suche nach Frank Clifton aufnahm, stand sie ihm in jeder Beziehung mit Rat und Tat zur Seite. Es war nicht sonderlich schwer, den gewissermaßen zur Stadtberühmtheit gewordenen ersten Zeugen der Mordtat aufzufinden; die Polizei selbst wies die Suchenden sofort an sein Hotel.

Frank Clifton war beim letzten Stadium seines Lunchs angelangt, als seine Besucher ankamen. Beide Hände ausgestreckt eilte Waterman auf ihn zu.

„Herr Clifton," rief er, „sagen Sie mir blos, was das alles zu bedeuten hat? Wer hat es getan? Wie kam es? Und wie kommen Sie in diese Geschichte hinein? Kannten Sie ihn denn? Wie — — Aber stopp, Sie müssen ja sicher denken, es ist mir nicht mehr ganz richtig im Oberstübchen. Hier, da, sehen Sie sich das an — das geht schneller, als ich es Ihnen auseinandersetzen kann!"

Er riß eine Zeitung aus seinem Überzieher und deutete auf seine eigene Anzeige in der „Spalte für Todes- ꝛc. Anzeigen". — „Haben Sie die vielleicht zufällig gesehen?" fragte er. „Meine Anzeige, Herr Clifton — meine!"

Clifton hatte sie nicht gesehen und war höchst erstaunt, als er sie gewahrte und überflog. Florence beobachtete ihn während der Lektüre mit strahlenden Blicken, war aber im übrigen wieder ruhig und gefaßt wie sonst.

„Wirklich," äußerte Clifton, „das ist höchst erstaunlich! Der arme alte Herr war also wohl ein Freund oder Bekannter von Ihnen?"

„Ein Freund? — der Freund, mein Bester! Der Freund, dem ich meinen ersten Cent, und den letzten, und sämtliche Cents dazwischen verdanke!" sprudelte Waterman hervor. „Und dabei habe ich ihn nur ein einziges Mal im Leben gesehen."

„Erstaunlicher — immer erstaunlicher! Und ich bekam, nachdem ich von Ihnen Abschied genommen, einen Brief von ihm, speiste gestern abend in seiner Wohnung, und dennoch sah ich ihn erst, als er schon tot war! Mir scheint, wir sind alle zusammen in eine ganz sonderbare Geschichte verwickelt. Bitte, nun nehmen Sie aber Platz. Wir müssen die gegenseitigen Erlebnisse austauschen."

Herr Waterman erzählte, was er mitzuteilen hatte, hinreichend klar in einem Dutzend eiliger Sätze, und brannte alsdann vor Begier, zu erfahren, was Frank Clifton zu sagen hatte.

„Meine Geschichte auseinanderzuwirren, wird wohl etwas länger dauern," begann Clifton. „Sie und ich und der arme alte Herr Hatherley sind doch etwas mehr miteinander verwickelt, als Sie glauben. Nun hören Sie zu. Als ich Ihnen damals an Bord der „Patna" das Dutzend Flaschen alten Tokayer verkaufte, zahlten Sie zweihundert Pfund dafür und hielten das für einen hohen Preis. Ich damals auch."

„'s war ein schandbares Geld, kalkulier' ich."

„Nein, das war es nicht. Vielleicht war der Kauf nicht ganz so billig, wie vor 26 Jahren Ihr Stück Petroleumland, aber es war jedenfalls der zweitbeste Kauf in Ihrem ganzen Leben. In jener Kiste, bester Herr Waterman, kauften Sie für zweihundert Pfund ein paar Liter alten Tokayer, im Werte von — na, das ist schwer festzustellen; es kommt aber auch nicht darauf an; — also Sie kauften ein paar Liter alten Tokayer, gleichzeitig damit aber einen Diamanten, der vielleicht ein paarmal so viel wert ist, als der gesamte Tokayer der ganzen Welt!"

„Einen Diamanten!" echote Lloyd D. Waterman mit weit aufgerissenen Augen; und: „Einen Diamanten!" wiederholte auch sein Töchterchen und trat erstaunt ein paar Schritte näher.

„Nicht nur einen Diamanten so allgemein hin," fuhr Clifton mit leichtem Lächeln fort; „sondern einen ganz gewissen, bestimmten Diamanten — einen Smaragd. Sie erinnern sich noch des Lärms beim Verschwinden des Smaragd von Jabalpur?"

„Jawohl," riefen Vater und Tochter atemlos vor Erwartung, „bei dem Durbar in Indien!"

„Nun, das ist das Juwel, das in jener Kiste mit Wein war, und das ist auch das Juwel, das Sie hier bei Perth verauktionieren ließen, für acht oder zehn Schillinge oder so, inklusive Flasche Wein!"

„Aber was — wie kommt denn — war es in der Flasche?"

„In einer von den zwölf Flaschen — in wel-

führer des Deutschen Flottenvereins zu fungieren und müßte, wenn er von dieser Stellung nicht zurücktritt, zu meinem lebhaften Bedauern das Protektorat über den Oldenburgischen Verband aufgeben."

Die abseits stehenden westfälischen Kriegervereine.

Der Kampf um die Kieler Beschlüsse.

In Schwerte fand am Sonntag die kürzlich angekündigte Versammlung der wegen der Ablehnung der Kieler Beschlüsse aus dem preußischen Landes- und Deutschen Kriegerverbande ausgeschiedenen westfälischen Kriegervereine statt. 30 Vereine mit 10 000 Mitgliedern hatten Delegierte zu der Versammlung entsandt. Vertreter des Ministers war der Referent in Kriegervereinsangelegenheiten, Geheimer Regierungsrat **Schlosser - Berlin**; der Oberpräsident von Westfalen hatte ebenfalls einen Vertreter entsandt. — In seiner Begrüßungsansprache hoffte der Vorsitzende **Müller-Schwerte**, der Vertreter des Ministers werde den Eindruck gewinnen, daß er es hier **nur mit königstreuen Männern** zu tun habe. — Geheimrat **Schlosse** erklärte, er sei vom Minister beauftragt, zu hören, **aus welchen Gründen** die Spaltung erfolgt sei. Man möge ihm volles Vertrauen entgegenbringen. Es würde ihn freuen, wenn es gelinge, Frieden zu stiften und zu einer Einigung zu gelangen. — Der Versammlungsleiter legte darauf im einzelnen den ablehnenden Standpunkt der Vereine dar. Im Jahre 1881 habe man

in Hamm

den Anschluß an den preußischen Landeskriegerverband in der festen Überzeugung vollzogen, daß dadurch das Kassenwesen der einzelnen Vereine unberührt bleiben werde. Die Kieler Beschlüsse seien den Vereinen unannehmbar erschienen, weil insbesondere die **kleineren Vereine vielfach garnicht in der Lage seien, die erhöhten Beiträge aufzubringen.** Die Zentralisierung des Unterstützungswesens sei den Vereinen unsympathisch. Auch seien die Bundesbeiträge im allgemeinen zu hoch. — In der weiteren Erörterung wurde hervorgehoben, daß das zentralisierte Unterstützungssystem zu kostspielig und schwerfällig sei; das Unterstützungswesen in den einzelnen Vereinen hätte dringende Hilfe in Notfällen bringen können, jetzt seien erst umfangreiche Rückfragen erforderlich. Weiter wurde geklagt über das Verhalten einiger Behörden gegenüber den ausgetretenen Vereinen. Auch **das schroffe Vorgehen des preußischen Landeskriegerverbandes** habe einzelnen Vereinen Anlaß zum Austritt aus dem Verbande gegeben. Offiziere seien veranlaßt worden, aus den aus dem Verbande ausgeschiedenen Vereinen zu scheiden. Den Vereinen habe man gedroht, ihnen das Recht auf die Führung der Fahne zu entziehen. In Püttlingen an der Saar sei sogar ein Wachtmeister mit mehreren Polizisten erschienen und habe einem Verein zwangsweise die Fahne abgenommen. — Geheimrat **Schlosser** gab das letztere zu; den Anlaß zu der Maßnahme hatten **politische Verhältnisse** (!! — Sehr interessant für Zentrumswähler!) **gegeben.** Im übrigen erklärte Geheimrat **Schlosser,** daß die Regierung an der Königstreue der ausgeschiedenen Vereine nie gezweifelt habe. Da aber große Verbände im Kriegervereinswesen notwendig seien, hoffe er, daß sich die Möglichkeit fände, die ausgeschiedenen Vereine dem Landesverbande wieder zuzuführen. — Mehrere Vereinsvertreter behandelten

das Thema: Kaiserparade.

In den Kreisen der Krieger habe es große Erbitterung hervorgerufen, daß sie von der Teilnahme an der Spalierbildung in Münster ausgeschlossen worden seien. — Geheimrat **Schlosser** versicherte, daß hier ein Mißverständnis vorliege; es sei keineswegs beabsichtigt gewesen, diejenigen Vereine zu treffen, welche sich den Kieler Beschlüssen nicht unterworfen haben; man habe vielmehr solche Vereine im Auge gehabt, die überhaupt noch nicht dem Landesverbande angehört hätten. Im übrigen müsse er betonen, daß die Kieler Beschlüsse ordnungsmäßig zustande gekommen seien. Der Landeskriegerverband könne nicht anders handeln als im Sinne dieser Beschlüsse. — Das **Ergebnis** der dreistündigen Sitzung war:

Eine Einigung ist nicht zustande gekommen!

Die Vertreter der ausgeschiedenen Vereine verlangten, **daß auch der Landeskriegerverband ein gewisses Entgegenkommen zeige**; nur so könne der Zwist beigelegt werden.

Sozialdemokratische Wahlrechtsdemonstrationen

und -Versammlungen, die in **Berlin,** wie gestern berichtet, zu so blutigen Exzessen führten, fanden auch in allen größeren Städten der Provinz statt. In **Hagen** zogen mehrere tausend Personen vor das Rathaus, verlangten rufend nach dem **Wahlrecht** und sangen sozialdemokratische Lieder; die Polizei schritt **nicht ein. In Dortmund** fanden 6 Versammlungen statt, die je von ca. 300 **Personen** besucht waren; von Zusammenrottungen auf der **Straße** sah man auf Zureden der **Polizei** ab. **In Essen-Rüttenscheid** fand eine von 1000 **Sozialdemokraten** besuchte **Versammlung** statt. Nach dem Referat Gewehrs wurde in einer Resolution verlangt, daß der **Essener Oberbürgermeister** sich im Herrenhause zur Wahlrechtsfrage erkläre. **In Düsseldorf** zogen die **Sozialdemokraten, nachdem** sie drei **Protestversammlungen** abgehalten hatten, vor das Rathaus. Wie die 2 bis 3000 Personen umfassende Menge an zu singen fing, wurde sie von der **Polizei veranlaßt, auseinanderzugehen**; dann wurde der Rathausplatz abgesperrt. Im oberen Kreise **Solingen** fanden 11 Protestversammlungen statt. In einer erklärte der Revisionist Redakteur Hildebrandt, daß jetzt die Frage des **politischen Massenstreiks** unbedingt geprüft werden müsse; jeder Arbeiter solle sich darauf vorbereiten, daß die Parole „Generalstreik" ausgegeben werden könne. Die Sozialdemokratie sei nicht zu feige zum Ausgeben dieser Parole. Nach Schluß der Versammlung erfolgte ein Demonstrationszug zum Gewerkschaftshause, an dem sich ca. 3000 Personen beteiligten. Auch in **Mülheim** (Ruhr) erfolgte nach einer Versammlung ein geschlossener Demonstrationszug durch die Stadt. In **Frankfurt** (Main) mußte die Polizei eine demonstrierende Menge auseinandertreiben. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. In einer Versammlung wurde als letztes Mittel empfohlen, die **Steuerzahlung zu verweigern.**

Zu den **Berliner Wahldemonstrationen** wird noch ergänzend gemeldet: Nach den bisherigen **Feststellungen** sollen im ganzen 28 Demonstranten und drei Schutzleute verletzt worden sein. Mit Einbruch der Dunkelheit begannen die Straßen sich allmählich zu leeren, und gegen 8 Uhr boten die Linden und die Friedrichstraße wieder das gewohnte Bild. Die fliegenden Wachen der Schutzmannschaft wurden aber doch bis in die späten Nachtstunden aufrecht erhalten. Dem Militär war gestern kein Urlaub erteilt worden. Nach amtlichen Feststellungen sind 106 Personen, darunter 6 Frauen, verhaftet.

Westfalen — Rheinland.

★ **Lüdinghausen,** 15. Jan. Ein neues Zementwerk wird demnächst hier ins Leben gerufen werden. Es soll südwestlich von Stadt und Bahnhof auf dem Gelände zwischen Bahnhof und Lüdinghauser Hafen am Dortmund - Emskanal errichtet werden und nach vollständiger Ausbauung etwa 700 Arbeitern Beschäftigung schaffen. Außer dem Bahnanschluß an den hiesigen Bahnhof wird eine Drahtseilbahn vom Werk zum Hafen angelegt. Das Rohmaterial soll über den neuen Rhein - Herne-kanal transportiert werden.

× **Drensteinfurt,** 14. Jan. Ein Drensteinfurter als Lebensretter. Das Schlittschuhlaufen auf der Ruhr bei Essen hätte am vergangenen Sonntag beinahe ein Opfer gefordert. Ein Teil der Schlittschuhläufer hatte in leichtsinniger Weise die von der Stadt an gefährlichen Stellen angebrachten Absperrungen außer acht gelassen, wobei ein Knabe einbrach. Auf seine Hülferufe eilte Referendar Niermann aus Essen, ein Sohn des Brauereibesitzers Niermann in Drensteinfurt, der mit mehreren Kollegen auf der Eisbahn weilte, aus einer Entfernung von etwa 100 Metern zur Rettung herbei, brach aber selbst ein, bevor er den Knaben erreichte. Schwimmend gelang es ihm, unter Einschlagen des Eises den Knaben, der bereits untergetaucht war, zu erreichen. Er versuchte des öfteren, den Jungen auf die Eisdecke zu schieben, was ihm aber anfangs nicht gelingen wollte, da das Eis immer wieder einbrach. Als er endlich unter größter Anstrengung den Knaben in Sicherheit gebracht hatte, konnte er sich selbst nur mit Hülfe einer ihm zugeworfenen Leine retten, da das Eis, das er zu erreichen suchte, wieder einbrach. Hoffentlich hat die edle Tat für den wackeren Retter keine nachteiligen Folgen.

★ **Bielefeld,** 14. Jan. Selbstmord durch Erhängen verübte auf dem Abort der Kaserne der aus Wernigerode stammende Rekrut Aug. Schreiber von der 8. Kompagnie des hier garnisonierenden 2. Bataillons des 55. Infanterie-Regiments. Schr. hat seit November mehrere Male, so noch bis zum letzten Donnerstag, im Lazarett gelegen. Ob die in der Stadt umherschwirrenden Gerüchte über vorausgegangene Mißhandlungen bezw. vorschriftswidrige Behandlung auf Wahrheit beruhen, muß erst die Untersuchung, die ein heute hier von Paderborn eingetroffener Kriegsgerichtsrat leitet, ergeben.

★ **Hagen,** 14. Jan. Westfälische Polizeihunde am russischen Hofe. Das Gelände in der Umgebung der kaiserlichen Besitzungen kann wegen des vielfach vorhandenen Unterholzes nicht von Menschen abgesucht werden. Die russische Regierung sandte darum im November vorigen Jahres einen höheren Polizeibeamten nach Deutschland, der sich mit der Abrichtung und Führung von Polizeihunden vertraut machen und von ihm selbst gesehene und geprüfte Hunde ankaufen sollte. Der Beamte hat dann auch unter Leitung des „Vereins zur Förderung der Zucht und Verwendung von Polizeihunden (P. H. V.), Sitz Hagen i. W.", in Hagen, Neheim, Lüdenscheid, Iserlahn, Wetter, Meiderich, Hamborn und Duisburg praktische Versuche mit vorgeführten Hunden gemacht und ist jetzt, wie die „Tägl. Rundschau" mitteilt, mit sechs Polizeihunden (zwei deutschen Schäferhunden, zwei Doberman-Pintschern und zwei Airedale-Terriers) nach Rußland zurückgekehrt.

□ **Dortmund,** 13. Jan. Zwischen Lipp' und Kelchesrand schwebt der finstern Mächte Hand. Fortuna, die Göttin des Glücks, hatte einem Hausdiener, der dazu noch stellenlos war, in voriger Woche plötzlich dadurch zu einem wohlhabenden Manne gemacht, daß sie ihm 45 000 ℳ der Hannoverschen Lotterie in den Schoß warf. Das freudige Ereignis wurde natürlich in entsprechender Weise gefeiert. „Herr Scholz" — so hieß der Glückliche — lud seine getreuen Freunde zu einem Souper ein, die Delikatessen der Speisen wurden aufgetragen, kurz, man tat sich gütlich nach Herzenslust. Man verabschiedete sich in der freundschaftlichsten Weise. Scholz drückte jedem Kollegen noch eine Doppelkrone in die Hand, er hatte es ja. Am folgenden Tage in den ersten Nachmittagsstunden fanden sich die trauten Freunde in der Wohnung des Gastgebers zusammen, der bereits reisefertig war, um den Staub der Großstadt von den Füßen zu schütteln, und vorläufig an der Riviera einige sorgenlose Tage zu verbringen. Doch mit des Geschickes Mächten ist kein ew'ger Bund zu flechten. Die treuen Freunde hatten es inzwischen fertig gebracht, ihrem glücklichen Kollegen den ganzen Betrag von 39 000 Mark aus der Joppentasche heraus zu eskamotieren. Als Scholz seinen Verlust merkte, hatten sich seine Freunde bereits langsam einer nach dem anderen „zurückgezogen". Schnell lief er in seiner Verzweiflung zur Kriminalpolizei, die sofort die umfassendsten Nachforschungen anstellte. Bisher ist es ihr aber nur gelungen, einen der Beteiligten festzunehmen. Die guten Freunde scheinen ihren Raub „redlich" geteilt zu haben. Mit den guten Tagen an der Riviera gibt es also noch nichts.

★ **Castrop,** 15. Jan. Das Gewissen. Erhielt da Herr Oberpostassistent W. Neuhaus, Castrop, vor kurzem folgendes Schreiben: Im Jahre 1897 erhielt ich von Ihnen am Schalter in Wanne 100 ℳ zu viel ausgezahlt, die anbei mit Zinsen zurückfende und um Ihre gütige Verzeihung bitte. M. M. — Das Schreiben war am 12. Januar 1908 in Mülheim a. d. Ruhr aufgegeben und enthielt außerdem die Summe von 150 ℳ.

★ **Düsseldorf,** 14. Jan. Der Kassenbote einer hiesigen Bank ist mit einem ihm anvertrauten Geldbetrage in Höhe von 22 000 ℳ flüchtig geworden.

★ **Köln,** 14. Jan. Die Wiener Polizei ermittelte, daß der Frahm, der in Köln einen Briefträger überfallen und beraubt hat, vor zwei Jahren ein Wiener Bürgermädchen Sophie Grundorat nach Berlin entführt und dort geheiratet hat. Seither war das Mädchen verschollen und die Polizei vermutet, daß Frahm sie umgebracht hat.

★ **Köln,** 14. Jan. In einer überaus zahlreich besuchten Arbeitslosenversammlung wurde gestern nachmittag eine Mitteilung des Oberbürgermeisters der Stadt Köln verlesen, in der der Oberbürgermeister sich bereit erklärt, sämtliche bei dem Kölner Tiefbauamt beschäftigten Italiener zu entlassen, damit an ihre Stelle heimische Arbeiter eingestellt werden.

★ **Bingen,** 13. Jan. Der Bau eines Bismarckdenkmals gegenüber dem Nationaldenkmal auf dem Niederwald ist in Vorbereitung. Ein Platz an der Elisenhöhe ist erworben. Die Sammlung des Baukapitals wird emsig betrieben.

★ **Trier,** 14. Jan. In Großhettingen erstach der italienische Bergmann Valli seinen Bruder nach einem belanglosen Streite.

★ **Trier,** 14. Jan. Die rohe Bluttat eines italienischen Arbeiters hat das friedliche Eifeldörfchen Mehren in große Aufregung gebracht. Ein am Bahnbau beschäftigter Italiener drang in das Haus eines verheirateten Arbeiters ein und erstach den gerade mit Rasieren beschäftigten ahnungslosen Hausherrn. Der Täter flüchtete zunächst in den Wald und verbarg sich dann in der Arbeiterkantine. Ein Dutzend handfester Dorfbewohner begab sich in Begleitung eines Gendarmen dorthin, das Haus wurde umstellt und der Mörder nach hartnäckiger Gegenwehr verhaftet.

Vermischtes.

Berlin, 13. Jan. Vor den Augen ihres Bräutigams von dem Balkon gestürzt hat sich heute mittag 12 Uhr die 17jährige Erna L. aus der Malmöerstraße. Trotz des Sturzes aus der Höhe des dritten Stockes wurde die Unglückliche noch lebend nach dem Krankenhause geschafft. Sie dürfte aber kaum mit dem Leben davon kommen. Vorher hatte die Lebensmüde anscheinend auch noch Lysol getrunken. Die Ursache der Tat ist vermutlich ein Streit mit ihrem Bräutigam.

Berlin, 14. Jan. Nach voraufgegangenem Streit übergoß der nervenkranke Apfelsinenhändler Höne seine auf dem Sofa eingeschlafene Frau mit Petroleum und zündete die Kleider an. Als die Kinder herbeieilten, stand die Frau in hellen Flammen; sie erlitt lebensgefährliche Brandwunden. Der Täter, der geflüchtet war, wurde noch in der Nacht verhaftet.

Brandenburg a. Havel, 14. Jan. Gestern nacht wurde in der Fasanerie des **Barons** von Schierstädt bei Krehne bei Brandenburg bei einem Zusammenstoß zwischen Förstern und Wilddieben der Förster Illmann erschossen. Auch ein Wilddieb fand den Tod; ein anderer wurde schwer verletzt.

Hannover, 14. Jan. In St. Andreasberg am Harz vergiftete in der letzten Nacht die Frau eines Präparators sich und ihre beiden Kinder. Ihr Mann war zurzeit abwesend.

Lübeck, 11. Jan. Das vor drei Monaten eröffnete große Warenhaus Leo Leibholz u. Co. ist in Konkurs geraten. Die Schulden für den Neubau und das Warenlager sind auf 3 Millionen Mark zu veranschlagen. Mehrere Banken und Fabriken sind daran beteiligt.

Kiel, 14. Jan. Als der hier wohnhafte Arbeiter Affon gestern abend nach Hause zurückkehrte, fand er die Tür seiner Wohnung verschlossen. In dem Glauben, daß Frau und Kinder ausgegangen seien, wartete er vergeblich bis gegen 11 Uhr. Als er dann die Tür einschlagen ließ, fand er seine Frau und die beiden Kinder durch Leuchtgas vergiftet vor.

(-) **Leipzig,** 14. Jan. Die Haushälterin Minna Dooll, die Mörderin des Buchhalters Ziegler, wurde heute vormittag in Halle durch Kriminalbeamte verhaftet.

(-) **Leipzig,** 13. Jan. Heute vormittag wurde die Leiche des seit sechs Wochen vermißten Buchhändlers Artur Giegler in seiner Wohnung, Göschenstraße, verwest im Bette aufgefunden. Die Geliebte Gieglers, eine Russin, hatte ausgesagt, Giegler wäre nach Italien gereist. Ob ein Verbrechen vorliegt, steht noch nicht fest.

Chemnitz, 12. Jan. Der Oberleutnant G. vom Inf.-Regt. 104 wurde in seiner Wohnung erschossen aufgefunden. Über die Ursachen des Selbstmordes fehlt jeder Anhalt.

(-) **Frankfurt** a. M., 13. Jan. Auf der Chaussee von Königstein im Taunus nach Soden fuhr ein Rodelschlitten, mit 8 Personen besetzt, in voller Fahrt gegen einen Baum. Die Insassen wurden herausgeschleudert. Zwei waren sofort tot, ein 50jähriger Arbeiter verstarb auf dem Transport ins Krankenhaus, eine vierte Person erlitt einen schweren Schädelbruch, durch den heute der Tod herbeigeführt wurde. Auch die anderen vier Mitfahrenden sind ernstlich verletzt.

* * *

Ein Theaterbrand.

150 Personen getötet. — 70—80 verletzt.

× **Newyork,** 14. Jan. **Wie aus Pahertown im Staate Pennsylvanien gemeldet wird, fanden bei einem Brande des dortigen Opernhauses über 50 Personen, meist Frauen und Kinder, den Tod. Viele, die den Flammen entkamen, wurden in dem durch die Panik entstandenen Gedränge zu Boden geworfen und tot getreten. Eine Anzahl starb später an den erlittenen Verletzungen. Der Brand war durch Explosion eines Maschinenkessels entstanden.**

× **Philadelphia, 14. Jan. Bei der Brandkatastrophe in Boyertown wurden 150 Personen getötet und 70 bis 80 verletzt. Die Blätter veröffentlichen haarsträubende Einzelheiten über die Ereignisse nach der Explosion. Das Theatergebäude war 5 Minuten nach der Explosion ein einziges Trümmermeer. Viele der Verletzten starben auf dem Transport nach dem Krankenhaus.**

× **Neuyork, 15. Jan. Wie aus Boyertown gemeldet wird, wurden bei dem Brande im Opernhause nach der jetzigen Schätzung 157 Personen getötet und etwa 100 verletzt. Die Bevölkerung ist zum größten Teile deutsch und trägt deutsche Namen; sie gehört der evangelischen Gemeinde an, zu deren Gunsten auch die Vorstellung veranstaltet worden war.**

---

cher, das bemühe ich mich noch, herauszubekommen. Also das ist augenblicklich meine geschäftliche Aufgabe, und ich kann Ihnen sagen, ich bin auf eine glückliche Lösung beinahe ebenso versessen, wie Sie vor 26 Jahren auf Ihr Fünfhundert-Dollars-Grundstück, denn sehr wahrscheinlich ist ein Erfolg gleichbedeutend mit einem netten kleinen Vermögen."

„Kleinem Vermögen? — Na, ich sollte meinen — —"

„Ach gewiß — der Stein selbst hat ja einen enormen Wert, natürlich, — sagen wir, er repräsentiert ein fürstliches, oder königliches Vermögen, was Sie wollen. Die einzige Schwierigkeit wäre nur, einen Kunden für so ein Ding zu finden. Aber — es ist gestohlenes Eigentum, wissen Sie."

„Gestohlen? — Hm, ja, ich kalkuliere, das wird wohl stimmen. Aber so wird's wohl ungefähr immer seit tausend Jahren mit dem Steinchen gewesen sein — so oder so gestohlenes, geraubtes, geplündertes, oder mit Gewalt erbeutetes „Eigentum". So geht's doch meistens mit diesen indischen und anderen Steinchen — was?"

„Zweifellos haben Sie ja Recht, doch einerlei, wie lange es nun gestohlenes Eigentum gewesen sein mag — ich möchte keinesfalls einer von den Dieben sein. Nein, wenn ich das Ding finde, geht's an den Radschah von Jabalpur zurück — unter Bedingungen natürlich. Da ist der Punkt, wo ich meinen kleinen Schnitt zu machen hoffe — gerade in Ausübung meines Berufs, wie Sie sehen, Herr Waterman! — Hier finde ich etwas billig und verkaufe es teuer in Indien, oder besser, ich berechne einen kleinen Aufschlag für Risiko, Bemühung und Fracht!"

„Aber nun weiß ich noch immer nicht — wie kam es denn — wie wußten Sie — —"

„Wie es eigentlich in die Flasche gekommen ist, kann ich Ihnen genau und bestimmt noch nicht sagen; soviel steht aber ziemlich fest, derjenige, der's hineinpraktiziert hat, war Woltscheff, der Mensch, von dem ich Ihnen schon erzählte, der mich dazu veranlaßte, den Wein nach Europa zu bringen — weil er selbst das Risiko nicht laufen wollte, aus Angst, — wie ich deutlich genug einsehe. Na, und um der Jagd noch etwas mehr Interesse zu verleihen — derselbe Kerl ist nun auch hinter den Flaschen her, in Konkurrenz mit mir, wissen Sie! — Na, der Schreck, den der hatte, als er erfuhr, daß ich den Wein verkauft hatte!"

„Und wenn ich bedenke! — hören Sie, sagen Sie, Herr Clifton — wenn ich bedenke, Herr des Himmels, — was für eine dämliche Dummheit war es doch von mir, daß ich dies Dutzend Flaschen da für ein oder zwei Dollars per Stück verhökert habe! Aber halt — das hab' ich Ihnen noch nicht gesagt; — eine hab' ich wieder zurückbekommen. Ich besann mich eines Bessern und kaufte denselben Abend noch eine zurück!"

„Wo ist sie?"

„In London, im Hotel — ganz all right mitten in meinem großen dreimal verschlossenen Wäschekoffer. Donnerwetter — vielleicht ist der Stein da drin! Und Mackenzie — — ha ha ha!" Inmitten seiner Aufregung und Überraschung brach Waterman plötzlich in lautes Gelächter aus.

„Mackenzie? Was? doch nicht Donald, unser weiser Oberstewart? Was — —?"

„Jawohl, gewiß — Herrgott, Mister Clifton, ich möchte mich wohl kugeln, wenn ich mir das Gesicht vorstelle, das der macht, wenn er hört, daß er den Smaragd für fünf Pfund verkauft hat! Kugeln möchte ich mich!" Und Waterman berichtete, wie er die erste verkaufte Flasche wieder an sich gebracht hatte.

Clifton nahm ein Blatt aus seiner Brieftasche. „Das wäre also Nr. 87 Sternchen", sagte er, „ohne Namen. Ich hatte keine Ahnung, daß der Steward auch als Käufer aufgetreten war. Das macht also zusammen vier Flaschen, einschließlich der einen, die wir getrunken haben. Wenn Sie die Glücksflasche wirklich haben, Herr Waterman, dann je eher, je besser das festgestellt. Tatsächlich auf jeden Fall, je eher je besser. Aber nun ist erst noch Lokaltermin von Gerichtswegen, und ich kann noch nicht weg. Was mich übrigens zu meinem Bericht zurückbringt. Also denken Sie sich: mein Besuch bei Ihrem alten Freunde Hatherley geschah gerade in Sachen dieses selben Tokayers. Er hatte auch eine Flasche davon.

„Was? — Nein! Was Sie nicht sagen!"

„Aber gewiß doch. Mehr noch — er hatte sie selbst auf der Auktion gekauft, so daß Sie und er also vor vier Tagen bei Perth zusammen in ein und demselben Lokal gewesen sein müssen — haben vielleicht gar nebeneinander gestanden!"

Lloyd D. Waterman sprang auf und lief mit starken Schritten im Zimmer hin und her.

„Allerhand hab' ich schon mitgemacht," sagte er und fuhr sich mit beiden Händen durch das leicht ergrauende Haar; „hab' auch immer geglaubt, ich hätte starke Nerven und könnte noch manches mitmachen, — aber das geht Einem doch ein bißchen zu scharf an die Nieren. Werde alt, kalkulier' ich. Was ich da heute gesehen und gehört habe, seit ich beim Kaffee die Unglücks-Zeitung aufmache — da kann ja ein halbes Dutzend Menschen zuviel davon kriegen. Wahrhaftig! — Sagen Sie mal", wandte er sich plötzlich an Clifton, „ich bin doch wirklich wach, was? — Meinen Sie, ich bin wirklich wach, Herr Clifton?"

„Ganz wach, Herr Waterman," gab Clifton mit halbem Lächeln zurück, „hellwach sind Sie, und zweifellos gespannt, den Verlauf meines Abenteuers von gestern zu Ende zu hören."

Waterman setzte sich wieder, und Clifton berichtete nun im einzelnen, was wir bereits wissen. Er zeigte Hatherleys Einladung, ihn zu besuchen und den alten chinesischen Kakemono mitzubringen, erzählte, wie er seinen Namen und Adresse von Hobbs, dem Kommis des Auktionators, in Erfahrung gebracht habe, er beschrieb das sonderbare alte Haus und seinen noch sonderbareren Empfang, und schließlich mit gedämpfter Stimme und manchem scheuen Seitenblick auf Florence sprach er von dem plötzlichen Verschwinden seines falschen Wirtes und den gräßlichen Entdeckungen, die er in Küche und Bibliothek gemacht hatte.